

# **b** unabhängige **auernstimme**



Um Emissionen zu vermeiden, gibt es mehr als nur technische Lösungen, sie müssen Berücksichtigung in der Dünge-VO finden.



Der Biomilchmarkt ist ein positives Beispiel für Bauernorganisation und Marktsteuerung, Mercosur dagegen lässt schaffte Probleme.



Fridays for Future rufen erneut zum globalen Klimaaktionstag auf – öffentlicher Druck ist wichtiger denn je.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Wöllert

## **Bäuerinnen und Bauern stärken - überall!**



**Die Seite 3**

Bewegung für das Klima ..... 3  
 Weißes und schwarzes Gold ..... 3



**Agrarpolitik**

Mercosur: Klima und Käse ..... 4  
 Wer bezahlt mehr Tierwohl? ..... 5



**Milch**

Erfolgsstory Biomilch ..... 6  
 Quo vadis, Biomilch? ..... 7



**Bewegung**

Viele Beschuldigte ..... 8  
 Agroforst - Getreide und Bäume auf dem Acker ..... 16  
 Bäume, Forst und Wald ..... 17  
 Keine Pflicht für Ohrmarken ..... 19  
 Bäuerliche Gülle-Lösung ..... 20  
 Güllebehandlung als Alternativverfahren anerkennen ..... 20



**Schwerpunkt**

Agrarstruktur ist kein Zufall ..... 11  
 Regionale Produkte aus Dresden für Dresden ..... 13  
 Bin Bauer, suche Land ..... 14

Zu Besuch bei Friederike Müller und Martin Schimpf, Seite 9; Märkte, Seite 10; Nachbau, Seite 15; Gentechnik, Seite 18; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



**30 Jahre Mauerfall**

**E**rinnere ich mich an den Tag des Mauerfalls, verspüre ich trotz der unterschiedlichsten Erlebnisse und Erfahrungen, die die letzten 30 Jahre mit sich gebracht haben, ein unbändiges Gefühl der Befreiung und der Erleichterung. Als junger Mensch erlebte ich das System des „real existierenden Sozialismus“ als stark eingrenzend und freiheitsberaubend.

Zugleich prägt mich bis heute die Erfahrung einer starken solidarischen Gemeinschaft Andersdenkender in der DDR, die sich im täglichen Leben unterstützten, sich gegenseitig Mut zusprachen, Alternativen entwickelten und sich zivilgesellschaftlich engagierten.

Die Entwicklung nach der Wende, speziell im ländlichen Raum in Ostdeutschland, erfüllen mich zunehmend mit großer Sorge. Die Menschen auf dem Land in Ostdeutschland waren in den letzten Jahrzehnten tiefgreifenden Transformationsprozessen ausgesetzt. Bodenreform und Zwangskollektivierung prägten die Entwicklung der Dörfer nachhaltig. Durch die Umwandlung der LPGs in der Nachwendezeit verloren Millionen von Menschen ihre Arbeitsplätze, wurden durch unrechtmäßige Umwandlungen materiell geschädigt und verloren oft den letzten Bezug zur Landwirtschaft. Die Integration der ostdeutschen landwirtschaftlichen Großbetriebe in die globale Agrar- und Lebensmittelverarbeitungsindustrie verwandelte die meisten Dörfer in Wohnsiedlungen, in denen es häufig keine Bauern und Bäuerinnen mehr gibt, die einen Hof betreiben. Obwohl in den letzten Jahrzehnten Milliarden Euro an Ausgleichszahlungen in die im ländlichen Raum agierenden großen Agrarbetriebe geflossen sind, blieb und bleibt die Wertschöpfung nicht vor Ort. Sichtbare Folgen sind der Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, der Wegfall von lokalem Einzelhandel und Handwerk, von Dienstleistungs- und Verwaltungsstrukturen. Viele ländliche Gegenden wirken entvölkert, Immobilien verloren an Wert. Konträr dazu steigen die Preise für landwirtschaftlichen Boden exorbitant. Den Kauf der teuren, landwirtschaftlichen Flächen können sich wiederum nur Agrarbetriebe leisten, die in den letzten Jahrzehnten aufgrund der einseitigen Förderpolitik große Rücklagen bilden konnten.

Ein weiteres ostdeutsches Phänomen ist die starke Aktivität außerlandwirtschaftlicher Investoren im Erwerb von Grund und Boden. Eine interessengebundene und von allen politischen Kräften tolerierte Flächenvergabe der BVVG in den Nachwendejahren sorgte dafür, dass wenige Betriebe den Großteil landwirtschaftlicher Flächen in Ostdeutschland zu begünstigten Preisen erwerben konnten. Dadurch verfestigten sich die großflächigen Agrarstrukturen in Ostdeutschland, was den Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren erleichterte. Seit Jahren gehen landwirtschaftliche Betriebe in den Besitz großer Holdinggesellschaften über. Somit ist das unvermehrbares Gut Boden unwiderruflich zum Spekulationsobjekt geworden..

Besonders skandalös ist hierbei, dass ostdeutsche AgrarministerInnen zwar vehement auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht werden. Dennoch wurden und werden unabhängig von Parteizugehörigkeit und Willensbekundungen keinerlei gesetzliche Grundlagen auf den Weg gebracht, um den Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft zu stoppen und zukünftig zu verhindern. Auch wenn Bundesministerin Klöckner in ihrem Regierungsbericht „gleichwertige Bodenverhältnisse“ und eine „Förderung nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf“ anmahnt, ist eine Neuausrichtung der EU-Agrarförderpolitik, welche den Nährboden dieser politischen Fehlentwicklungen bildet, nicht erkennbar.

Wenn wir eine Veränderung in den ländlichen Räumen bewirken wollen, so müssen wir eine Partizipation aller dort lebenden Menschen anstreben. Wir benötigen dazu dringend gesetzliche Rahmenbedingungen, damit Menschen selbstbestimmt, regional, zukunftstauglich und klimaschonend mit der Ressource Boden arbeiten können. Denn die großen Probleme, vor denen wir stehen, sind nur gemeinschaftlich lösbar. Daher ist es unerlässlich, für eine gerechte und faire Verteilung von EU-Agrargeldern zu streiten und gesetzliche Rahmenbedingungen zu fordern, die Bodenspekulationen verhindern. Mobilisieren wir dafür unsere Kräfte mit aller Kreativität!

*Claudia Gerster, Bäuerin und stellv. Landesvorsitzende der AbL-Mittelddeutschland*

# Bewegung für das Klima

Damit sich politisch etwas tut, braucht es den Druck der Straße

Er wolle von den Lenkern der Weltgemeinschaft hören, wie wir das immer noch vorhandene Wachstum an CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 stoppen und diese so dramatisch reduzieren können, dass sie 2050 bei null liegen. UN-Generalsekretär Antonio Guterres macht im Vorfeld des am 23. September stattfindenden UN Climate Action Summit klar, dass er konkrete Ergebnisse will. Ob sich die Staatengemeinschaft tatsächlich auf die verbindliche Einleitung konkreter Transformationsprozesse, wie sie Guterres vorschweben, einlassen wird, hängt einmal mehr davon ab, wie viel öffentlicher Druck bis dahin noch entsteht. Ähnlich ist es mit dem Klimakabinett der Bundesregierung, das zwar intensiv über eine CO<sub>2</sub>-Steuer debattiert hat, sich aber noch nicht zu konkreten Maßnahmen durchbringen konnte. Am 20. September tritt es erneut zusammen und will dann auch Ergebnisse präsentieren.

## Alle Generationen

Der 20. September ist ein Freitag und Fridays for Future rufen gemeinsam mit vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen – auch der AbL – erneut zu einem globalen Klimaaktionstag auf. Auch Bauern und Bäuerinnen sind gefragt, wenn es darum geht, Veränderungen von der Politik einzufordern, aber auch selbst Veränderungsbereitschaft zu signalisieren. „Wir Bauern und Bäuerinnen stehen vor einem schwierigen Übergang von der bisherigen Ausrichtung auf Billigproduktion hin zu einer umfassenden Qualitätsstrategie. Über Jahrzehnte haben uns Politik, Agrarwirtschaft, Handel und Wissenschaft auf weltweite Kostenführerschaft eingeschworen. Jetzt müssen wir uns innerhalb weniger Jahre umstellen, um den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen an Tierwohl, Klimaschutz und Artenvielfalt in der Praxis gerecht zu werden. Das kostet Milliarden Euro, und die können die bäuerlichen Betriebe niemals aufbringen. Das müssen wir gesamtgesellschaftlich lösen“, fordert Elisabeth Fresen, Bundesvorsitzende der AbL. Die AbL skizziert einen Mix aus mehreren Maßnahmen zur Finanzierung des Umbaus: Die vorhandenen Fördermittel in EU, Bund und Ländern müssten erstens neu ausgerichtet werden. Zweitens brauche es eine starke Marktdifferenzierung, damit viel mehr Qualitätsprodukte zu fairen Preisen und mit einer aussagekräftigen Kenn-



Der Klimaaktionstag am 15. März 2019 brachte schon Massen auf die Straße

Foto: Schievelbein

zeichnung angeboten und gekauft würden. Zudem brauche es alternative Finanzierungsquellen und Verbesserungen im Fachrecht, besonders im Düngerecht, im Tierschutz, im Bau- und Genehmigungsrecht für tiergerechte Ställe sowie im Pflanzenschutz. Die AbL unterstützt ausdrücklich den Aufruf von Fridays for Future: „Am 20.9. findet der dritte globale Klimastreik statt – weltweit werden Menschen auf die Straße gehen. Explizit rufen wir alle Generationen auf, auf der Straße dabei zu sein. Zusammen fordern wir einen gerechten und konsequenten Klimaschutz und die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Um das zu erreichen, braucht es mehr als den Streik von Schüler\*innen, Azubis und Studierenden. Dafür braucht es alle, die sich gemeinsam für diese großen Veränderungen zusammenschließen und die Ärmel hochkrempeln. Seit Jahrzehnten duckt sich die Politik vor ihrer Verantwortung weg. Damit endlich etwas passiert, braucht es eine lautstarke Gesellschaft – egal ob jung oder alt –, die am 20.9. miteinander eine Klimapolitik des Zusammenhalts einfordert. Deshalb brauchen wir euch! Am 20.9. tragen wir die Klimakrise auf die Straßen – von Schulen, Betrieben, Seitenstraßen, Küchen, Geflüchtetenheimen, Büros und Kindergärten, von Behindertenwerkstätten, von Händen und Herzen auf die Straße. Hunderttausende Menschen werden streiken, viele nehmen sich frei oder verlängern ihre Mittagspausen, überall wird es #FridaysForFuture geben!“ cs

## Weißes und schwarzes Gold

Fridays For Future treffen sich mit Nordzucker wegen Kohlekraftwerk

Die Sommerferien in Niedersachsen sind zu Ende und so manch einer hatte das auch von der Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) gedacht. Doch im Gegenteil: „Wir sind viel mehr geworden“, sagt Pascal Leddin. Über 60 Ortsgruppen gebe es in Niedersachsen inzwischen, er gehört zu der in Uelzen. Dort würden sie nicht immer freitags Demos hinbekommen, oft schließe man sich den Lüneburgern an. „Im Wesentlichen sind es immer noch vor allem Schüler, die mitmachen“, erklärt Leddin, aber es kämen von allen Seiten Menschen dazu. Er selbst ist inzwischen mit der Schule fertig und macht eine Ausbildung. Beim ersten FFF-Sommerkongress in Dortmund im Juli hat er in einem Workshop zu Landwirtschaft mitgearbeitet. Er habe mehr davon mitbekommen wollen, wo im landwirtschaftlichen Bereich Potential liege, das Klima zu schützen. Schließlich lebt Leddin in einer der intensiven Ackerbauregionen Norddeutschlands. „Wir haben uns dann aber auch mal angeguckt, wo hier das nächste Kohlekraftwerk ist und sind dabei auf Nordzucker gestoßen.“ Die größte Zuckerfabrik des Konzerns steht in Uelzen – und direkt zu ihr gehört ein Kohlekraftwerk. „Das weiß fast keiner und man bemerkt es auch kaum, weil es auf dem Industriekomplex kaum auffällt.“ Auf

der Homepage schreibe Nordzucker von der nachhaltigen Gestaltung seiner gesamten Wertschöpfungskette, so Leddin, dazu passe ja wohl kein Kohlekraftwerk. Die Uelzer FFF-Gruppe nahm Kontakt zur Konzernzentrale auf und bekam prompt einen Gesprächstermin, erst telefonisch, im September auch persönlich im Werk. „Es gibt wohl eine grundsätzliche Bereitschaft, vor 2030 das Kraftwerk abzuschalten“, so Leddin. Er fürchtet aber auch ein bisschen, dass Nordzucker vor allem „grün“ überkommen wolle, wenn sie sich jetzt mit den Jugendlichen treffen. „Die Verringerung unseres Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen sind bereits seit sehr vielen Jahren wichtiger Baustein unserer Nachhaltigkeitsstrategie“, schreibt Nordzucker auf seiner Homepage. Gleichzeitig wurde die Bahnanlieferung trotz Gleisen bis direkt ins Werk schon vor Jahren aufgegeben. Längst liefern die Bauern und Bäuerinnen nicht mehr selber an, Speditionen bringen die Rüben auf LKW. Wahrscheinlich ist das Kohlekraftwerk in Uelzen nicht das einzige, das Nordzucker an einem Fabrikstandort betreibt. Leddin ist gespannt auf den Termin, sie werden mit FFF-Aktiven aus unterschiedlichen Regionen hingehen, Uelzen soll erst der Anfang sein. cs



Foto: Dott

## Mercosur: Klima und Käse

Vertragsinhalte zu Landwirtschaft stoßen auf Ablehnung

■  
*„Wir wollen Handel, aber die Bedingungen müssen stimmen.“*

Martin Schulz, Schweinehalter und AbL-Bundesvorsitzender

Diesen Sommer unterzeichneten die EU-Kommission und die Länder Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay die politischen Eckpunkte des Mercosur-Freihandelsabkommens. Die konkreten Verträge werden im Detail noch ausgearbeitet, bevor das Abkommen in die europäische Abstimmung geht. Der EU-Rat, das EU-Parlament und alle EU-Mitgliedsstaaten müssen diesen Freihandelsvertrag ratifizieren.

Auf siebzehn Seiten hat die EU-Kommission Knackpunkte festgehalten. Demnach muss Europa 99.000 Tonnen Rindfleisch jährlich importieren zu einem reduzierten Zollsatz von 7,5 Prozent. Diese Importquote entspricht 1,2 Prozent der gesamten EU-Rindfleischproduktion. Das klingt zunächst wenig und wird von interessengeleiteten Politikern auch entsprechend heruntergespielt. Aber der EU-Rindfleischmarkt ist mit einem Selbstversorgungsgrad von 102 Prozent mehr als gesättigt. In einem gesättigten Markt können zusätzliche Mengen einen Preisdruck auslösen.

„Die Rindfleischpreise sind zurzeit sehr niedrig“, sagt Sven Nicolaisen, Viehhändler aus Schleswig-Holstein. Trotzdem verhandelt die EU ein Freihandelsabkommen nach dem anderen und öffnet Stück für Stück den Rindfleischmarkt, der noch stark vom Weltmarkt geschützt ist. Mit CETA (EU-Kanada) hat die EU bereits 45.000 Tonnen Rindfleischimporte zugesagt. Die laufenden Verhandlungen mit Neuseeland/Australien würden – bei Abschluss – weitere Rindfleischimporte bringen. Die USA üben Druck auf die EU aus,

ihre landwirtschaftlichen Märkte für US-Rindfleisch weiter zu öffnen. Neuerdings kritisiert auch der Deutsche Bauernverband Mercosur wegen der geplanten Rindfleischimporte. Er lässt aber eine solidarische Kritik hinsichtlich negativer Exportwirkungen der europäischen Handels- und Agrarpolitik auf Bauernhöfe in anderen Ländern dieser Welt weiterhin vermissen – etwa mit den brasilianischen Milchbäuerinnen und -bauern der Organisation Leite Brasil. Diese kritisieren an Mercosur, dass das Abkommen mit einer Übergangsfrist von zehn Jahren eine gegenseitige Öffnung des Milchmarkts für zollfreie 30.000 Tonnen Käse, 10.000 Tonnen Milchpulver und 5.000 Tonnen Babynahrung vorsieht. Leite Brasil weist in einer Meldung von AGRA-Europa darauf hin, dass der brasilianische Milchmarkt bereits in einer Krise stecke und die Produktionskosten dort höher seien als in der EU.

### Rinder statt Bauernrechte

Brasilien hat in den vergangenen 14 Jahren seine Rindfleischexporte um 700 Prozent erhöht. Das Wachstum der Rinderherden führt zu Landkonflikten. Im Jahr 2017 wurden 70 Menschen ermordet, Kleinbäuerinnen und -bauern und Indigene, weil sie sich gegen das Vordringen der Agrarindustrie gewehrt haben. „Handelsabkommen wie Mercosur widersprechen den anerkannten internationalen Bauernrechten der Vereinten Nationen, deren Erklärung Ende 2018 mit großer Mehrheit von der UN-Generalversammlung angenommen wurde. Wir fordern, dass die Bundesregie-

rung sich wirklich für Menschenrechte einsetzt, statt für so ein katastrophales Handelsabkommen wie Mercosur“, gibt Paula Gioia, AbL-Vertreterin in der Europäischen Koordination von Via Campesina, zu bedenken.

### Handel versus Klima

Auch führen die steigenden Rindfleischexporte zu einer massiven Abholzung. Nach Zahlen des Nationalen Forschungsinstituts (INPE) hat sich akut die Abholzungsrate von Wald in Brasilien gegenüber 2018 um 15 Prozent erhöht. Freihandelsbefürworter verweisen darauf, dass die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in den Mercosur-Vertrag aufgenommen wurde. Wie glaubhaft das ist, bleibt abzuwarten. „Das Pariser Klimaschutzabkommen enthält keine Klausel, die beschreibt, was passiert, wenn ein Mitglied sich nicht an die Vorgaben des Abkommens hält“, sagt Jürgen Knirsch von Greenpeace.

Während Deutschland Mercosur begrüßt, sind kritische Regierungsstimmen in Frankreich, Polen, Irland und Belgien zu hören. Martin Schulz, Bundesvorsitzender der AbL und konventioneller Neuland-Schweinehalter, sagt: „Wir wollen Handel, aber die Bedingungen müssen stimmen. Die AbL lehnt unqualifizierte Freihandelsabkommen wie Mercosur klar ab. Welt-handel muss wirksam sozial und ökologisch qualifiziert sein. In der europäischen Agrarpolitik ist die Exportoffensive durch eine Qualitätsstrategie abzulösen.“

Berit Thomsen,  
 AbL-Handelsreferentin

# Wer bezahlt mehr Tierwohl?

Bei Mehrkosten von 5 Mrd. Euro sind 115 Mio. Förderung wenig

Nach der Geflügel- und Schweinehaltung kommt jetzt auch die Rindermast unter Druck. Das Verwaltungsgericht Münster hat in einem noch nicht rechtskräftigen Beschluss vom 9. August entschieden, dass ein Rindermäster für jedes Tier jeweils einen Liegeplatz zur Verfügung stellen muss. Der Liegeplatz müsse eine weiche, verformbare und wärmegeämmte Unterlage aufweisen, also keinen Spaltenboden. Der Mäster hatte das Gericht angerufen, um eine ähnliche Anweisung der Kreisverwaltung abzuwehren. Denn es gebe kein Gesetz und keine Verordnung mit so detaillierten Regeln für die Rindermast. Doch das Gericht sagt, solche konkreten Regelungen brauche es nicht, weil die allgemeinen Vorgaben in Tierschutzgesetz und Nutztierhaltungsverordnung ausreichen, um Vorgaben wie das 1:1-Liegeplatz-Verhältnis daraus abzuleiten. Nicht erst seit dem berühmten Sauen-Kastenstand-Urteil des Magdeburger Oberverwaltungsgerichts aus 2015 dürfte allen klar sein, dass an mehr Tierwohl in der Praxis kein Weg vorbei führt. Wenn Verschärfungen in Ordnungsrecht und Rechtsprechung den Ton angeben und die Bauern mit den Kosten allein gelassen werden, werden die meisten die Tore dicht machen. Nicht nur die AbL fordert daher vom Bund eine umfassende und verlässliche Nutztierstrategie und frisches Geld.

## Was kostet Tierwohl?

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) geht davon aus, dass die Erzeugungskosten für die Tierhalter insgesamt um 13 bis 23 Prozent steigen, wenn die gesamte Nutztierhaltung in Deutschland auf ein hohes Tierwohlniveau (etwa NEULAND-Standard) gehoben wird. Die höchste Kostensteigerung sieht er mit bis zu 41 Prozent auf die Schweinehalter zukommen, die niedrigste (bis 5 %) auf die Milchviehhalter. In Währung übersetzt sind das 3 bis 5 Milliarden Euro pro Jahr für die gesamte Nutztierhaltung, davon 1,8 bis 2,7 Mrd. € in der Schweinehaltung. Neue Kalkulationen von DLG, Landwirtschaftskammer NRW oder KTBL stützen diese Zahlen weitgehend. Billiger wird das nicht.

Ein Teil wird über höhere Erzeugerpreise direkt aus dem Verkauf an der Theke kommen. Das geschieht heute schon, aber eben für nur geringe Marktanteile, die zwischen 1 Prozent bei Schweinefleisch und 30 Prozent bei Legehennen (11,5 % Öko, 19 % Freiland) liegen. Allein die reinen Mehrerlöse (Erzeuger-Aufpreise) aus tierischen Erzeugnissen mit hohem Tierwohl-Niveau dürften in Deutschland derzeit bei rund 500 Mio. Euro im Jahr liegen, der Großteil aus dem

Biomarkt (ca. 160 Mio. Euro Mehrpreis für Biomilch, womit nicht nur Tierwohl vergütet wird).

Hinter dieser Leistung der Marktakteure fällt die staatliche Förderung von Bund und Ländern für Tierwohl weit zurück: Bund und Länder geben dafür aktuell pro Jahr nur 115 Mio. Euro aus, davon 82 Mio. Euro so genannte „Premium“-Investitionsförderung (vor allem Milchviehställe), 23 Mio. Euro Sommerweideprämie (angeboten nur in fünf Bundesländern) und 10 Mio. Euro Förderung besonders tiergerechter Haltungsverfahren in drei Ländern (NW, NI, BW).

## Mehrwert Tierwohl

Um möglichst allen tierhaltenden Betrieben zu ermöglichen, einen hohen Tierwohl-Standard in der Praxis umzusetzen, klafft also eine erhebliche Finanzierungslücke. Diese Lücke zu schließen liegt maßgeblich in politischer Verantwortung. Dafür wird eine Tierwohl-Kennzeichnung nicht reichen. Anfang August flammte die Debatte um die Finanzierungslücke kurzzeitig auf, als Agrarpolitiker von CDU (Stegemann), Grünen (Ostendorff) und SPD (Spiering) sich dafür aussprachen, die Mehrwertsteuer auf Fleisch vom heute verringerten Satz (7 %) auf den allgemeinen Satz (19 %) anzuheben, um mit den Mehreinnahmen mehr Tierwohl zu bezahlen. Wissenschaftler beziffern diese möglichen Mehreinnahmen aus dem Haushaltskonsum in Deutschland auf 2,1 bis 2,5 Mrd. Euro. Wenn der Steuersatz auf alle tierischen Lebensmittel angehoben wird, werden 4,3 bis 5,0 Mrd. Euro pro Jahr erwartet. So plötzlich die Debatte auf die Titelseiten kam, so schnell wurde sie von den Parteispitzen wieder eingesammelt, nicht zuletzt mit Blick auf die Landtagswahlen. Die Herausforderung ist damit natürlich nicht erledigt. *uj*



Was kostet Sonnenschein? Foto: Nürnberger

## Steinhoff: Unruhige Zeiten

Die Möbelkonzernfamilie Steinhoff aus Westerstede in Niedersachsen, einer der großen nichtlandwirtschaftlichen Investoren und großer Flächenbesitzer in Ostdeutschland (Experten sprechen von über 20.000 Hektar), erlebt weiter unruhige Zeiten. Dem südafrikanisch-deutschen Möbelkonzern Steinhoff wird vorgeworfen, den Kapitalmarkt und die Aktionäre nicht rechtzeitig über Bilanzmanipulationen informiert und schwer nachvollziehbare Transaktionen in Milliardenhöhe durchgeführt zu haben. Jetzt hat nach Informationen der „FAZ“ das Oberlandesgericht Frankfurt/Main das Gerichtsverfahren eröffnet, Termin der mündlichen Verhandlung ist der 18. Dezember 2019. Die AbL hatte öffentlich die Verantwortlichen in der Politik aufgefordert, bei einer eventuellen Insolvenz des Möbelriesen die landwirtschaftlichen Flächen an bäuerliche Betriebe zu vergeben statt an außerlandwirtschaftlichen Investoren. Darauf hin hatte die Familienholding Steinhoff im letzten Jahr die AbL auf Unterlassung verklagt. Das Verwaltungsgericht in Berlin bestätigte die Auffassung der AbL, dass man eine Verbindung ziehen dürfe, zwischen dem Möbelkonzern und der Familienholding und ihren landwirtschaftlichen Aktivitäten. Nun berichtet die „Nordwest-Zeitung“ in Oldenburg, dass nach Unternehmensgründer Bruno Steinhoff, jetzt auch die älteste Tochter Angela Krüger-Steinhoff (beide waren Kläger gegen die AbL) aus dem Aufsichtsrat des Möbelkonzerns ausscheiden wird. Sie trete zurück, „um sich auf das Familiengeschäft zu konzentrieren.“ Aus informierten Kreisen verlautet, dass die Steinhoff-Familie schon landwirtschaftliche Flächen verkauft hat bzw. verkaufen will. *gj*

## Fehler bei Gentechnik-Rindern übersehen

Hornlose Rinder, mittels Gentechnikverfahren produziert, werden von Gentechnikforschern oft als Musterbeispiel für die angebliche Präzision der neuen Verfahren angeführt. Mitarbeiter\*innen der FDA, der US-Behörde für Lebensmittel- und Medikamentensicherheit, haben nun Genom-Analysen von solchen GV-Rindern ausgewertet und festgestellt, dass fehlerhafte Veränderungen des Erbgutes oft übersehen werden. Das Erbgut der Tiere wurde mit sogenannten TALEN-Nukleasen gentechnisch verändert. TALEN ist eine „Genschere“, die oft als besonders präzise beschrieben wird. Die FDA-Untersuchungen zeigen, dass sich nicht nur die gewünschte Gensequenz im Erbgut befindet, sondern auch Genkonstrukte der Bakterien, die beim Einbringen der Genscheren in die zu verändernde Zelle verwendet werden. So finden sich u. a. vollständige DNA-Sequenzen im Genom, die Resistenzen gegenüber Antibiotika verleihen. Welche Auswirkungen das auf die Gesundheit der Tiere hat und ob die Gene biologisch aktiv sind, wurde nicht untersucht. Die FDA-Mitarbeiter betonten, dass es sich wohl kaum um Einzelfälle handeln dürfte, und erklärten, dass ihre Entdeckung einen „potentiellen blinden Punkt in Standard-Screening-Methoden“ aufzeige. Die hornlosen Rinder wurden von der Firma Recombinetics entwickelt. Recombinetics hat aber schon mehrere andere Patente auf GV-Tiere angemeldet. Mehr Infos: [www.testbiotech.org](http://www.testbiotech.org) *av*

## Marktnischen – Schweine oder Bio?

Der Strukturwandel ist unaufhaltsam wie der Lauf der Sonne, sagen die Marktideologen. Und meinen damit, dass das Höfesterben ein Naturgesetz sei. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte scheint ihnen recht zu geben. Das bestätigt auch das Statistische Bundesamt (Destatis) mit den Zahlen der Viehzählung vom Mai. Im letzten Jahr gaben 8,6% Sauenhalter, 5,8% Schweinehalter, 4,5% Milchviehhalter auf. Auch bei den Tieren reduzierten sich die Bestände: minus 2,4% Milchkuhe, minus 2,5% Sauen und minus 3,7% Schweine insgesamt. Andererseits entwickelt sich der Biolandbau. Die Zahl der Biobetriebe stieg 2018 auf 12% und die Ökofläche erreichte 9,1% mit 1,52 Mio. ha. Damit wuchs die Zahl der Ökobetriebe in den letzten zehn Jahren um 50%. Ökolandbau gilt immer noch als Nische, vielleicht jetzt als „Großnische“. Bedenkt man aber, dass es inzwischen 31.700 Biobetriebe und noch 21.400 Schweinehalter in Deutschland gibt, kann man schon fragen, wo die Nische ist. *hg*

# Erfolgsstory Biomilch

Eine Geschichte über Markttransparenz, Disziplin und Kooperationsbereitschaft

Die Erzeugung und Vermarktung von Biomilch in den letzten Jahren zeigt vorbildlich, wie man Mengenwachstum und Preisstabilität auf hohem Niveau zusammenhalten kann. Und was Erzeuger, Molkereien und das Umfeld (Berater, Verbände, Politik) beachten müssen.

Seit der Milchkrise 2015/2016 reiht sich im Biomilchmarkt eine Rekordmeldung an die andere. Die heimische Erzeugung ist 2017 um 18 % und 2018 um 19 % gestiegen, insgesamt seit 2015 um 54 % (!) auf 1.118 Mio. kg. Dazu kam noch ein Viertel des Absatzes aus Österreich und Dänemark mit je 10 % sowie aus Holland mit ca. 5 %. Erst in den ersten Monaten 2019 sank das Wachstum auf 5 %. Aber wenn der Absatz hochschnellt, muss das noch längst nichts Gutes für die Bäuerinnen und Bauern bedeuten. Im Gegenteil: Mehrproduktion führt meistens zu Preissenkung, was wiederum durch mehr Erzeugung ausgeglichen werden muss. Das „Wachsen oder weichen“ erreicht die nächste Stufe, sagen die Marktgesetze. Der konventionelle Milchmarkt steht dafür beispielhaft. Seit 2000 löste eine Krise die nächste ab, zum Teil mit dramatischen Abstürzen. In den letzten 16 Jahren lag der Milchpreis in zehn Jahren unter 32 ct/l. Nicht so bei der Biomilch. Ab 2009 ging der Preis hier deutlich nach oben

und stabilisierte sich seit 2014 bis heute auf dem Allzeithoch von 47 bis 49 ct/kg – trotz des Mengenzuwachses.

## Abkoppelung vom Preiszuschlag

Bis etwa 2007 galt es als ungeschriebenes Gesetz, dass Erzeuger für ihre Biomilch einen Zuschlag von ca. 5 bis 6 ct/l auf die konventionelle Milch erhalten. Der Zuschlag war errechnet aus den Mehrkosten für die Fütterung usw. Die Preisbasis war der von Überschüssen und Exportgeheimnissen getriebene allgemeine Milchmarkt. Nach mehreren Voraktivitäten einzelner Liefergemeinschaften wurden 2008 die Biomilcherzeugergemeinschaften Süd und Nord gegründet, die mit Geschick und Nachdruck die Molkereien überzeugten, den Zuschlag abzuschaffen und eigene, kostendeckende Preise umzusetzen. Immerhin konnte so für 2008 und 2009 ein Rekordabstand von 14 ct/l erzielt werden. Mit der Unterstützung von Verbänden und Wissenschaftlern (z. B. der Bioland-Koordinierungsstelle für Preisinformationen oder dem Bundesverband Naturkost) konnte belegt werden, dass ein eigenständiger Markt in Erzeugung und Verbrauch entstanden war. Zunächst aber bedeutete es für die Bauern, ihre Abliefermentalität abzulegen und aktives Verhandeln (auch gegen z. T. befreundete Marktpartner) einzuüben. Und für

die Molkereien hieß es, sich auf Augenhöhe mit den Lieferanten zu begeben. Die Bewährungsprobe der Partnerschaft kam bald, als nach dem Ende der Milchquote die konventionellen Preise in den Keller gingen. Gut vorbereitet ging man als Biomilchbranche in die Milchkrise von 2015/2016. Der Biopreis blieb stabil und der Abstand stieg 2016 auf unglaubliche 21 ct/l.

## Quotenende und Bioboom

Der fürchterliche Preisabsturz der „normalen“ Milch als Folge der Überproduktion nach dem Wegfall der Milchquote im April 2015 kostete vielen konventionellen Höfen die Existenz und brachte großes Leid über die Bauernfamilien. Häufig wurden die abgehenden Kühe nicht einmal von Berufskollegen aufgenommen, sondern einfach zum Schlachter gegeben. Andererseits führte es zu einem Run auf den Biomarkt. Über 2.000 Betriebe wurden umgestellt, davon allein 1.000 in Bayern. Die kleinen und mittleren Strukturen erleichterten die Umstellung, ja, waren wegen ihrer zumeist weniger intensiven Erzeugung sogar sehr geeignet für den Biolandbau. Aber die Freude über die neuen Umsteller mischte sich mit der Sorge über einen möglichen Marktkollaps, der entstehen könnte, wenn (vermeintliche oder tatsächliche) Übermengen den Preis abstürzen lassen würden.

## Mengensteuerung

In dieser Situation wurde die „marktorientierte Mengensteuerung“ zum Zauberwort. Alle Marktbeteiligten einigten sich darauf, Liefermengen bei Bauern und Marktmöglichkeiten bei Molkereien abzufragen. Einige legten Mengenvereinbarungen in Lieferverträgen fest (das konnte man noch von der Quote). Betriebliches Mengenwachstum musste mitgeteilt oder beantragt und genehmigt werden, damit Übermengen gar nicht erst entstehen können sollten. Reine Biomolkereien wurden von den Erzeugergruppen leichter überzeugt. Aber auch die meisten Gemischtmolkereien sahen die Gefahr des Absatzbruchs, zumal alternative Absatzwege wie die Intervention gar nicht zur Verfügung standen, ein Export nur sehr begrenzt. Und die Berater und Verbände unterstützten die Vorgehensweise, indem sie nur zur Umstellung rieten, wenn ein Vermarktungsvertrag vorlag. Da der Markt „mitspielte“,

konnte ein erhebliches, aber geregeltes Wachstum mit stabilen Preisen durchgesetzt werden. Natürlich konnte nicht jeder Umstellungswillige aufgenommen werden und es blieben Wünsche auf der Strecke. Aber die „Biomilchbranche“ insgesamt hat großes Verantwortungsbewusstsein in schwieriger Zeit gezeigt und bis heute damit Erfolg.

Hugo Gödde,  
ehem. Geschäftsführung Neuland West

## Vorbildcharakter

Die allgemeine Lehrbuchmeinung ist klar: Mit steigenden Produktionsmengen fällt der Preis. Oder anders ausgedrückt: Mit steigendem Preis wird mehr erzeugt, das führt tendenziell zur Überproduktion, wodurch der Preis fällt. Konjunkturzyklen nennen das „Wirtschaftsweise“. Da könne man nichts machen.

Glücklicherweise haben sich die Akteure auf dem Biomilchmarkt davon nicht beeindrucken lassen. Sie haben ihre Sache selbst in die Hand genommen.

Die Initiative ging von den Bauern aus, die die eigene Abliefermentalität, die gerade bei Milch gelebte Geschichte ist, überwanden. Dann überzeugten sie die (noch kleine) Schar der Biomolkereien, dass man den kleinen Markt nicht überschwemmen dürfe. Und dass man einen eigenen, vom „normalen“ Milchmarkt abgekoppelten Preis brauche. Schließlich sind die Erzeugungskosten (Fütterung u. a.) auch nicht „normal“ plus X.

Ungeheuer wichtig war dabei die Transparenz auf dem Markt, damit man über Preise auf Augenhöhe verhandeln konnte. Die Bewährungsprobe der Marktpartnerschaft kam nach der Milchkrise von 2015/16, als viele Höfe aus Not oder/und Überzeugung umstellen wollten.

Mit Geschick, neuen Sortimenten und höherer Kundennachfrage konnte die gewaltige Mehrmenge so gesteuert werden, dass der historisch hohe Preis stabil gehalten werden konnte. Es wurden einfach nicht alle Mengen aufgenommen bzw. nur nach und nach. Absatzorientierte Mengensteuerung statt Markt-Wildwest. So kann Branchenstrategie aussehen. Klassische Marktanalysten reiben sich die Augen. Dieses Vorgehen sollten sich alle Akteure der neuen Tierwohlmärkte unbedingt ansehen. Sie werden es benötigen.

Jetzt muss die Branche noch beweisen, dass sie sich auch durch Discountstrategien nicht vom Pfad abbringen lässt.

Hugo Gödde



Wachsende Nachfrage und wachsende Menge an Biomilch

Foto: stephan/BLE

# Quo vadis, Biomilch?

Interview mit Josef Jacobi, Aufsichtsrat der Upländer Bauernmolkerei, über Mengen, Preise und Verbandsbio

**Unabhängige Bauernstimme: Herr Jacobi, Biomilch boomt. In den vergangenen drei Jahren sind über 50 % mehr Biomilch an 34 Molkereien geliefert worden. Wo ist die Milch im Markt geblieben?**

Josef Jacobi: Es gibt ja neben einigen Biokäsereien nur fünf reine Biomolkereien. Der größte Teil wird nach wie vor in konventionellen Molkereien mit einem kleinen Teil Bio verarbeitet. 18 Molkereien erfassen 85 % der Biomilch, davon allein über 50 % in Bayern. Ich glaube, alle haben mehr oder weniger zu dem Mehrverkauf beigetragen. Und außer der Molkerei Ammerland sind meines Erachtens auch keine größeren neu dazugekommen.

**Welche Sortimente sind besonders gut gelaufen?**

Man muss wissen, dass Biomilch einen Marktanteil von 4 % hat und dabei besonders von Trinkmilch getragen wird. Bei Trinkmilch haben wir etwa 10 %, bei Frischmilch sogar über 15 %, bei H-Milch dagegen nur 3 %. Trinkmilch und Joghurt sind gut gegangen. Butter war 2017 riesig gefragt. Der Preis für Biobutter lag bei 8 Euro/kg, ist aber inzwischen zurückgegangen. Trotzdem hat unser Markt bei Fruchtjoghurt, Butter, Käse, Mischgetränken usw. noch Potenzial.

**In welche Richtung plant die Upländer Bauernmolkerei?**

Wir haben in den letzten Jahren meistens über 10 % zugelegt. Wir produzieren heute auf gleicher Fläche mehr als doppelt so viel wie vor 20 Jahren. Dadurch sind wir an unsere Kapazitätsgrenze gekommen. Wir planen einen Neubau und denken natürlich darüber nach, wie wir uns in Zukunft aufstellen.

**Was heißt das?**

Aktuell gibt es Nachfragen nach Weidemilch. Mehr als 95 % unserer Betriebe erfüllen die Weidemilchanforderungen. Trotzdem müssen wir getrennt erfassen, lagern, verarbeiten und verpacken. Es ist ein kleiner Markt mit hohen Anfangskosten, aber vielleicht ein Zukunftsprodukt. Außerdem gibt es Interesse an Glasflaschenverpackung. Auch hier sind die Kosten für technische Anlagen, Pfand, Reinigung usw. bei geringen Mengen erheblich. Es ist aber klar, dass unser Markt nicht immer nur in der Menge, sondern auch in

der Sortimentsvielfalt wachsen wird.

**Bei Überschüssen im konventionellen Markt wird dann regelmäßig das Exportrad angeworfen. Welche Rolle spielt bei Biomilch der Export?**

Der allergrößte Teil ist im Inland verkauft worden. Aber nach meinen Informationen ist auch einiges exportiert worden, z. B. als Milchpulver oder Babynahrung nach China, Nahost oder auch Italien. Einzelne bayerische Unternehmen hatten jahrelang einen Schwerpunkt in China. Dadurch haben wir erst gelernt, dass Chinesen Milchprodukte vertragen.

**Eine besondere Leistung von Bauern und Molkereien ist, dass es bei diesen Mehrmengen gelungen ist, den historisch hohen Milchpreis von 47 oder 48 ct/l bis heute zu erzielen und zu halten. Auf dem konventionellen Markt wäre sofort ein Unterbietungswettbewerb entstanden. Wie bekommt man das hin?**

Es gibt seit dem Milchstreik 2009 Gespräche unter bäuerlichen Erzeugergemeinschaften, Verbänden, Bauernmolkereien zur Sichtung des Marktes. Bauern haben sich z. B. regelmäßig auf der Biofach oder innerhalb der Verbände getroffen. Wichtig war dabei, überhaupt eine Transparenz auf dem Markt zu bekommen. Wer zahlt wie viel? Gibt es Mengenstaffelungen, Qualitätszuschläge, Abholkosten, Häufigkeit der Abholung usw.? Dabei war meines Erachtens die Milchinformationsstelle von Bioland mit Rüdiger Brüggemann sehr hilfreich. So waren die Erzeuger gut informiert und konnten mit den Abnehmern auf Augenhöhe verhandeln.

**Und die Molkereien?**

Bei den Molkereien ist in der Regel großes Verständnis da, den kleinen, wachsenden Markt nicht kaputt zu machen. Man war sich einig, nicht mehr abzunehmen, als kurzfristig abzusetzen ist. Intervention usw. gibt es nicht. Man kennt die Milchpreise und es entsteht auch der Druck, keinen zu großen Preisabstand zu den anderen zu haben. Trotzdem unterscheiden sich die Preise z. B. im Norden und Süden um 1 bis 3 Cent. Nur nebenbei: Wir haben z. B. 2007 als erster 40 Cent bezahlt. Das sprach sich rum, der Markt war günstig und nach kurzer Zeit hatten alle nachgezogen. Ohne Markttransparenz



Josef Jacobi, Aufsichtsrat der Upländer Bauernmolkerei

Foto: Donati

wäre das schwieriger gewesen. Bei aller Konkurrenz gibt es schon irgendwie eine gemeinsame Verantwortung für den Markt. Außerdem macht es keinen Sinn, teure Übermengen zu kaufen und dann auf den kleinen Markt zu drücken. Und auch der Handel, ob Naturkost oder Einzelhandel, hat zwar intensiv verhandelt, aber nicht so erpresserisch, wie man das vom konventionellen hört.

**Manche meinen, mit dem Bioland-Lidl-Deal könnten neue Verhältnisse auch bei Biomilch anbrechen. Zunächst muss man feststellen, dass laut AMI (Agrarmarktinformation) die Anlieferung der Milcherzeuger von Januar bis Mai 2019 „nur“ 5 % höher war als 2018, während der Absatz um 10 % gestiegen ist. Und die Ladenpreise sind konstant, beim Discount 1,05 Euro/l, beim LEH 1,13 und im Fachhandel ca. 1,25. Und der Absatz bei Lidl war wohl besonders hoch, hat aber auch im Bioladen deutlich angezogen.**

Es ist bekannt, dass ich dem Deal zurückhaltend-kritisch gegenüberstehe. 90% der Biomilchanlieferung in Deutschland war schon vorher verbandsgeliefert. Natürlich profitieren zunächst viele von den großen Werbeaktionen von Lidl, Aldi, Edeka & Co. zu Anfang des Jahres. Noch nie ist so intensiv für Bio und Bioland geworben worden. Man spricht allein bei Lidl

von einem zweistelligen Millionenbetrag. Natürlich beschwere ich mich nicht darüber. Ergebnis ist wohl, dass der Verbandsmilchanteil noch gewachsen ist. Das ist erst mal gut. Nun machen seit einiger Zeit die Handelsmarken Druck auf die Preise – ob vorübergehend, wird man sehen.

**Die EU-Milchvermarkter z. B. aus Österreich und Dänemark – immerhin wird ein Viertel der Biomilch importiert – werden jetzt von Verbandsbio verdrängt und wollen jetzt in den Markt zurück. Die dänische Arla hat z. B. ein Sonderangebot bei Netto gefahren mit EU-Biomilch für 5 Euro pro 6 Liter, das heißt ein Liter für 83 Cent. Kommt jetzt das Sonderangebotswesen auch bei Biomilch?**

Das hoffe ich nicht. Bioland sagt, dass das mit Lidl vertraglich ausgeschlossen ist. Aber bisher konnten wir als Bioland-Partner mit Verbandsbio beim Fachhandel und Handel besser punkten als andere mit EU-Ware. Das ist jetzt vorbei. Mein Eindruck ist, dass Verbandsbio im Moment an Menge gewinnt, aber an Mehrwert verliert. Da müssen wir, die Erzeuger-gemeinschaften und die Verbandsmolkereien gut aufpassen.

**Vielen Dank für das Gespräch! hg**

## Viele Beschuldigte

Tierschutzskandal im Milchviehbetrieb wirft Licht auf Kontrolldefizite

### Kennzeichnung ist Macht für Verbraucher

Eine aktuelle repräsentative Umfrage bestätigt: 82 % der Bevölkerung wünschen sich Transparenz auf Lebensmitteln. Sie wollen erkennen können wenn Milch, Eier und Fleisch mit gentechnisch veränderten (GV-)Pflanzen im Tierfutter hergestellt wurden. 69 % bevorzugen Lebensmittel mit einer „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung. Die Umfrage wurde vom Meinungsforschungsunternehmen Civey im Auftrag des Vereins Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) durchgeführt. Anlass war das zehnjährige Bestehen des Ohne-Gentechnik-Siegels. Der Bundesverband Verbraucherzentrale (vzbv) bestätigt: Nur anhand des Siegels könnten die Kunden erkennen, ob die Tiere, deren Produkte sie im Supermarkt kaufen, mit GV-Pflanzen gefüttert wurden. „Das Ohne-Gentechnik“-Siegel gibt den Verbrauchern Macht – Macht, mit jedem Einkauf zu entscheiden, ob der Anbau gentechnisch unveränderter Pflanzen gefördert wird oder nicht“, so Anne Markwardt vom vzbv. Der VLOG forderte die Politik auf, verlässliche Rahmenbedingungen für die Lebensmittelwirtschaft zu schaffen. „Auch Produkte der neuen Gentechnik müssen nach Gentechnikrecht geprüft und gekennzeichnet werden“, forderte Vorstandsmitglied Christoph Zimmer. „Das hohe Gut des Vorsorgeprinzips muss erhalten bleiben.“ av

### Fast ganz Dänemark MRSA-positiv

Die dänischen Schweinebestände sind offensichtlich extrem vom MRSA-Bakterium betroffen. Die Lebensmittel- und Veterinärbehörde in Kopenhagen hat in 90 % aller untersuchten Herden die antibiotikaresistenten Staphylokokken nachgewiesen. Amtschef Mellergaard sieht darin aber erstaunlicherweise kein großes Problem, da die hohen MRSA-Werte seit Jahren gleich blieben, die Tiere nicht krank würden und bei üblichen Hygienestandards für gesunde Menschen keine Gefahr darstellten. Das Risiko bestehe „vielmehr vor allem bei geschwächten Menschen“, auch Kindern oder Älteren. Man müsse nur mit Schutzmaßnahmen verhindern, dass der Erreger den Stall verlasse. Trotzdem wolle man den Einsatz von Antibiotika senken, um neue Resistenzbildungen einzudämmen. Aber nicht ganz Dänemark ist befallen. In Öko- und Freilandhaltungen fand man nur in 20 % der Schweinehaltungen MRSA-Erreger. Vielleicht findet der Behördenchef hier einen Ansatzpunkt. hg

### US-Umweltbehörde für Chlorpyrifos

Die Umweltbehörde EPA argumentiert, der Einsatz von Chlorpyrifos sei für Landwirte unverzichtbar und es liege kein eindeutiger Nachweis vor, dass das Insektizid neurologische Schäden verursache. Entsprechende Aussagen von Medizinern basierten lediglich auf epidemiologischen Studien und nicht auf Tierexperimenten. Im April war die EPA von einem Bundesgericht aufgefordert worden, eine bindende Entscheidung über die weitere Zulassung von Chlorpyrifos zu treffen. Das Insektizid steht im Verdacht, bei Kindern neurologische Schäden zu verursachen. Es wird routinemäßig beim Anbau von mehr als 50 Obst- und Gemüsesorten eingesetzt, darunter Trauben, Brokkoli und Erdbeeren. Die Entscheidung der EPA wurde von Umwelt- und Gesundheitsorganisationen scharf verurteilt. „Es ist eine Tragödie, dass diese Regierung sich auf die Seite von großen Firmen stellt anstatt auf die von Kindern“, sagte Patti Goldman von der Umweltschutzorganisation Earthjustice. Die EPA will jetzt die vorliegenden Daten erneut prüfen. Der Prozess soll abgeschlossen sein, bevor 2022 die Wiederzulassung von Chlorpyrifos ansteht. ml

Anfang Juli wurden von der Süddeutschen Zeitung, Report Mainz und FAKT Berichte und Filmaufnahmen über Tierquälereien und massive Tierschutzverstöße in einem Milchviehbetrieb mit aktuell mehr als 3.500 Tieren im südlichen Landkreis Unterallgäu veröffentlicht. Der Betrieb, einer der größten Milchviehbetriebe Deutschlands, und völlig untypisch für die Region, bewirtschaftet mehrere Hofstellen, wobei die Milchkuhanlage mit ca. 2.000 Kühen und einem 80er Melkkarussell bei weitem die größte ist. Er erfreut sich überregionaler Bekanntheit, ganze Busladungen Interessierter haben schon bei Kaffee und Kuchen von der verglasten Zuschauerempore aus beim Melken zugehört. Die Filme wurden von der SOKO Tierschutz über einige Wochen heimlich im Krankenabteil des Milchviehstalles und in einer der Betriebsstätten aufgenommen. Der Verpächter dieses Hofes hatte Kontakt zu der Tierrechtsgruppe aufgenommen, weil er mit der Bewirtschaftung seines ehemaligen Betriebes und der Behandlung der Tiere nicht mehr einverstanden war, und Vorstöße bei verschiedenen Ämtern, darunter auch das Veterinäramt, mehr oder weniger ins Leere gelaufen waren. Das Veterinäramt hat nach eigenen Angaben in den letzten fünf Jahren insgesamt 34 Kontrollen in den verschiedenen Betriebsstätten durchgeführt, 15 davon anlassbezogen, zweimal wurde Strafantrag gestellt. Die Beanstandungen hätten sich

hauptsächlich im „gering- bis mittelgradigen“ Bereich bewegt (Lahmheiten, Schwellungen, unzureichende Klauenpflege, Überbelegung). Die ausgesprochenen Auflagen habe der Betrieb immer erfüllt, deshalb sei es nie zu einer Anzeige gekommen.

### Politische Ebene

Inzwischen wurde nach einer großen Durchsuchungsaktion der Fall der Staatsanwaltschaft übergeben. Eine 30-köpfige Sonderkommission ist momentan damit beschäftigt, das Material auszuwerten. Unter anderem steht die Frage im Raum, warum die Veterinäre bei den Kontrollen von den teilweise schlimmen Zuständen nichts bemerkt haben und wenn doch, warum sie diese dann nicht beanstandet haben, oder ob der Betriebsleiter von den Kontrollen im Voraus gewusst hat und so die schlimmsten Missstände jeweils kurzfristig noch beseitigen konnte. Auch die Hoftierärzte, teilweise Angestellte, werden sich verantworten müssen. Insgesamt gibt es inzwischen 15 Beschuldigte. Mittlerweile wird die Frage nach wirksamen Kontrollmechanismen für solche Strukturen auf der politischen Ebene geführt, zumal bekannt wurde, dass der Unterallgäuer Landrat schon seit Jahren um Aufstockung des Veterinärpersonals bat. Gegen zwei weitere Großbetriebe in der Gemeinde wird inzwischen ebenfalls ermittelt.

*Elisabeth Waizenegger, Allgäuer Milchbäuerin im AbL-Bundesvorstand*



So sollte es überall sein: entspannte Kühe, frische Luft, Platz

Foto: Dirschel/pixelio

**Betriebsspiegel:**

Landwirtschaftlicher Betrieb im niedersächsischen Wendland  
Tiere: 70 Milchkühe, schwarzbunt, mit weiblicher Nachzucht  
108 ha Acker + 30 ha Grünland  
Kulturen: Mais, Roggen, Triticale

**M**eine zweijährige Enkeltochter hat ein neues Wort gelernt: ekelhaft. Das trifft es bei uns ganz genau. Ich befreie gerade das Büro vom Fliegendreck. Fliegen sind auf unserem Milchviehbetrieb normal. Die hat es schon immer gegeben. Wer erinnert sich nicht an die klebrigen, langen Fliegenfänger, die früher überall an der Decke baumelten. Gefühlt gab es unendlich viele Fliegen. Als Herdenmanagement noch nicht auf

dem PC oder dem Smartphone praktiziert wurde, hing in unserem Kälberstall immer ein Klemmbrett mit einer Pappe. Dort wurden alle wichtigen Informationen eingetragen, übersichtlich für alle, ganz ohne Excel und sofort verfügbar. Mit derartigen Listen und zweckentfremdeten Schulheften kommt mein Mann prima zurecht. Auch die Rückseite von beschriebenem Papier wird noch weiterverwendet nach dem Motto: Wenn im Gehirn mal alles ruht, ein Zettel macht es wieder gut. Ansonsten sage ich gerne mal, er hat eine Papierallergie. Büroarbeit, besonders das Ausfüllen von Formularen, Fragebögen und Anträgen überlässt er meistens den

anderen Familienmitgliedern. Irgendwann beauftragte mein Mann unsere gerade in die Schule gekommene Tochter, eine neue Tabelle für den Kälberstall anzufertigen, denn das Blatt war vollgeschrieben. Es dauerte eine Ewigkeit, bis die Kleine stolz ihr Werk präsentierte: Sie hatte alles wunderbar aufgezeichnet und akribisch genau die vorhandenen „Fliegenpunkte“ mit übertragen!!! Wir haben es aufgehängt, denn auf ein paar mehr oder weniger kam es schließlich auch nicht an. Jetzt, 25 Jahre später, muss ich daran zurückdenken. Die Kälber sind längst weit weg vom Haus in Gruppegehege ausgelagert worden. Eine direkte Fliegen-

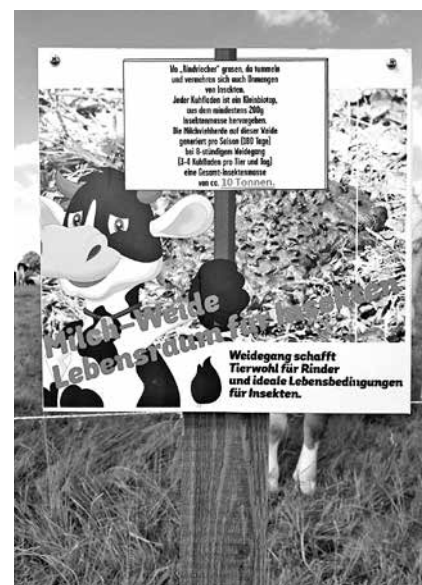
belästigung wie damals spüren wir eigentlich nicht. An luftigen Tagen können wir auf der Terrasse sitzen. Schwalben aus über 100 Nestern halten die Fliegenpopulation ganz natürlich in Schach, nur unser Büro scheint ein magischer Anziehungspunkt zu sein. Die Fliegenklatsche liegt immer bereit, im Vorflur hängt ein elektrischer Fliegenkiller und auch die Gittertür nach draußen muss erst überwunden werden. Lieben Fliegen Akten? Wichtige Unterlagen dürfen auf keinen Fall offen auf dem Schreibtisch liegen bleiben. Zum Schutz vor unliebsamen Flecken habe ich dafür schon extra eine Wiedervorgabemappe angeschafft. Eine einzige Fliege hinterlässt eindrucksvoll bis zu 50 Punkte, nicht einzeln unscheinbar verteilt, nein die volle Ladung auf 2 bis 5 cm²! Sind es mehr, dann leisten sie bestimmt auch Teamarbeit! Manchmal ist die Hinterlassenschaft sogar blutig rot. Haben sich die Fliegen dann etwa am Kraftfutter unserer Hochleistungskühe überfressen oder kommt die Verdauung durch unseren Papierkram durcheinander?

Ich finde auch, dass etwas gegen das Insektensterben unternommen werden muss. Zu meinem runden Geburtstag habe ich mir ein großes Wildbienenhotel gewünscht. Aber auf Fliegen im Büro kann ich gut und gerne verzichten.

*Friederike Müller,  
Wendland*

**Lieben Fliegen Akten?**

**D**er in den letzten Jahren und Jahrzehnten von der Bevölkerung hingegenommene und von der Politik doch wohl eher gewollte Strukturwandel in der Landwirtschaft ist neben einigen anderen Ursachen meiner Meinung nach der Hauptgrund für den Insektenchwund. In immer größer werdenden Milchviehherden ist eine Beweidung, wie sie vor einigen Jahren noch überall Standard war, kaum mehr möglich. Neben Arten- und Blütenvielfalt benötigen sehr viele Insekten z. B. Misthaufen, Dreck, Unrat, Unordnung und eben auch Kuhfladen als Lebensraum. Durch zunehmende politische Vorgaben (Abdecken von Mist- und Güllelagern, unmittelbare Einarbeitung der Organik) bleiben wichtige Lebensräume den Insekten verschlossen. Die herausragende Bedeutung des Weidegangs in vielen Bereichen (Tierwohl, Insekten, Klima) sollte daher mehr denn je in der öffentlichen Diskussion transportiert und gewichtet werden. Unser Milchviehbetrieb liegt in der Wetterau am Rande des Vogelsberges in Oberhessen. Wir bewirtschaften 120 ha, davon 80 ha Grünland. Den Schwerpunkt bildet die Milchviehhaltung mit 100 Milchkühen plus Nachzucht. Weidegang von Mitte April bis November wird schon seit eh und je in unserem Betrieb praktiziert, sowohl für die Milchviehherde, als auch für das Jungvieh ab 12 Monaten. Viele Flächen sind hofnah, was uns natürlich besonders beim täglichen Weidegang der Milchkühe entgegenkommt. Allerdings müssen die Tiere teilweise einen stark frequentierten Feldweg überqueren, der von Autofahrern, Radfahrern und Spaziergängern (meist „Frischluftschnapper“ aus der benachbarten Kleinstadt),



**Kuhfladen für Insekten**

gleichermaßen in Anspruch genommen wird. Da es unsere Kühe für gewöhnlich nicht besonders eilig haben, entstehen hier auch schon mal etwas längere Wartezeiten für die Feldwegbenutzer. So kommt es beim Aus- und Eintreiben der Herde immer wieder zu teils interessanten Gesprächen zwischen Landwirt und zwangsweise wartendem Verbraucher. In der Regel finden es auch alle ganz toll, dass unsere Kühe noch täglich zur Weide gehen, die Zusammenhänge und die immense Bedeutung des Weidegangs im Hinblick auf das Insektenleben sind jedoch den allermeisten so nicht bekannt. Um für mehr Aufmerksamkeit, Information und Aufklärung zu sorgen, kam ich auf die Idee mit dem Weideschild. Seit das Schild nun steht, hat der Gesprächsbedarf der

Wartenden stark zugenommen und die Resonanz ist durchweg sehr positiv. Die Aussage „Das hätte ich so nicht gedacht“ habe ich in letzter Zeit schon ein paar Mal gehört. Mit etwas abgeändertem und passendem Text werde ich deshalb demnächst auch für unser beiden Jungvieh-Weidegruppen solche Schilder aufstellen. *„Wo Rindviecher grasen, da tummeln und vermehren sich auch Unmengen von Insekten. Jeder Kuhfladen ist ein Kleinbiotop aus dem mindestens 200g Insektenmasse hervorgehen. Die Milchvieherde auf dieser WEide generiert pro Saison (180 Tage) bei 8-stündigem Weidegang(3-4 Kuhfladen pro Tier und Tag) eine Gesamt-Insektenmasse von ca. 10 Tonnen.“* Ich denke, es muss nicht immer die

große Aktion sein. Auch mit kleinen Schritten und Taten kann jeder Landwirt vor der eigenen Hoftür für mehr Aufklärung und Dialog mit dem Verbraucher sorgen.

*Martin Schrimpf,  
Kefenrod-Bindsachsen,*

**Betriebsspiegel:**

Höhenlage 300-370m ; Übergangslage zwischen Wetterau und Vogelsberg; Basaltverwitterungsboden  
Betriebsfläche: 120ha, davon 80ha Grünland( Weide und Mähweide), 40ha Ackerbau( Silomais, Weizen, Sommergerste, Ackerfutter)  
Viehhaltung: 100 Milchkühe plus Nachzucht (Holsteins, Braunvieh, Fleckvieh, Kreuzungen)

# Europäisches Vielfalts-Getreide-Festival

400 Getreidesorten reisten voran, viele Menschen folgten

In der EU gibt es eine von vielen Menschen getragene, energiegeliche und inspirierende Bewegung, die sich für Getreidevielfalt, Erhaltung alter Sorten, gesunde Getreideprodukte, handwerkliches Backhandwerk und regionale Wertschöpfungsketten einsetzt. Einige von diesen engagierten Bauern, Müllern, Bäckern, Züchtern und Wissenschaftlern aus verschiedenen EU-Ländern tauschten sich vom 26. bis 28. Juni beim „European Diversity Cereal Festival“ in Dänemark in einer Hochschule für ökologische Landwirtschaft in Kalø aus. Das Festival wurde organisiert durch das „Nordic Heritage Cereal Network“ (Nordisches Netzwerk für alte Getreidesorten), das EU-Projekt „CERERE“ für nachhaltige Getreide-Wertschöpfungsketten und das EU-Netzwerk für Sortenvielfalt „Let's Cultivate Diversity“.

## 400 Sorten

Im Schaugarten wuchsen mehr als 400 Getreidesorten, die von Erhaltungsorganisationen, ökologischen Züchtern, Forschern und Züchtern aus ganz Europa für das Festival nach Dänemark geschickt worden waren. Wann sieht man sonst so eine Vielfalt? Viele wuchsen natürlich im dänischen Klima anders als in der Heimat. Das Programm war riesig mit über 50 verschiedenen Programmpunkten. Bäcker und Bauern mit Hofbäckereien stellten in Back-



Fachsimpeln im Schaugarten

Foto: Holst

Workshops gut riechende Brote her und tauschten sich u. a. über Mühlen, Sauerteig und alte Getreidesorten aus. In Schottland ist gerade der Trend, dass Kleinbauern (so genannte Crofter) Roggenbrot aus eigenem Getreide herstellen, was dort lange Zeit gar nicht üblich war. Hans Larsson ist Forscher an der Schwedischen Universität für Agrarwissenschaften in Alnarp und züchtet außerdem im Projekt „Allkorn“, wie er sagt, „neue Kultursorten aus alten Getreidesorten“. Alte Weizensorten würden etwa 4 t/ha Korn und mit 10 t/ha viel Stroh bringen, das für die Tierhaltung und für Humusaufbau wichtig sei. Die alten Getreidesor-

ten hätten ein großes Potenzial zur Anpassung an den Klimawandel.

## Markt alleine reicht nicht

Riccardo Bocci vom italienischen Netzwerk zur Erhaltung seltener Sorten, „Rete Semi Rurali“, berichtete, dass zehn Bauern aus der bergigen Region Abruzzen in Italien die lokale alte Weizensorte Solina gemeinsam in der Genossenschaft „Consorzio Produttori Solina D'Abruzzo“ anbauen und Mehl, Brot, Nudeln, Kekse und Bier verkaufen. Die Nachfrage ist vor allem in großen Städten sehr groß und viele Geschäfte, auch der Supermarkt Coop, sind interessiert am Verkauf der Produkte. Dadurch haben nun fünf weitere, nicht zur Genossenschaft gehörende Bauern mit dem Anbau von Solina begonnen und stellen durch ihre im Flachland liegenden, großen Flächen mit hohen Erträgen eine Konkurrenz dar. Die Genossenschaft achtet darauf, „wenn zehn Händler interessiert sind, nur an fünf zu liefern“ und somit manchmal auch dem Markt zu widerstehen, um die Menge zu regulieren. Außerdem wollen sie unter anderem mit einem markanteren Logo ihre Besonderheiten stärker kommunizieren.

## Lambic: Bier-Spezialität

Die „3 Fontainen“-Brauerei aus Belgien arbeitet seit zwei Jahren mit zehn Bauern zusammen, um alte Weizensorten für Bier-Spezialitäten zu testen, stellte Lucas Van den Abeele vom Getreide-Netzwerk im Pajottenland vor. Allein schon der regionale Anbau ist eine Besonderheit, da in Belgien sonst 91 % des Getreides für den menschlichen Konsum importiert wird. Die Brauerei produziert

die Bier-Raritäten Lambic und Geuze, bei denen keine Hefe zugefügt wird, sondern die Mikroorganismen aus der Luft aufgenommen werden, und ist auf der Suche nach der Sorte „Petite rousse du Brabant“, mit der sie früher gebraut hatte, aber die Sorte ist verschollen. Deshalb finden gerade Anbau- und Brauveruche mit 20 anderen alten Weizen-Landrassen statt. Herausforderungen sind die Finanzierung der eigenen Saatgutvermehrung und dass es in Belgien nur große Mälzereien gibt, die nicht weniger als 30 t Getreide verarbeiten. Für die zehn Landwirte war es ungewohnt, bei einem zweistündigen Treffen mit der Brauerei in Preisverhandlungen zu treten, aber auch eine gute Chance.

## Mir stinkt's

Nach Anders Borgens Worten ist die Weizen-Pilzkrankheit „Stinkbrand“ sein Hobby und Beruf. In Dänemark untersucht er auf dem Feld, welche Sorten resistent gegen Stinkbrand sind. Saatgut kann auch mit Fungiziden, heißem Wasser, feuchter Luft und Ultraschall gegen Stinkbrand behandelt werden. Er kritisiert, dass viele Züchter nur Weizensorten mit einfachen Resistenzen gegen Stinkbrand züchten, die schnell vom Pilz überwunden werden können, sodass sich Bauern oft eine neue Sorte kaufen müssten. Er plädiert für Sorten, die mehrere verschiedene Resistenzgene enthalten und statt Monokulturen für eine größere Vielfalt innerhalb und zwischen den Feldern. Einige traditionelle Sorten besäßen solche umfassenden Resistenzen oder würden Krankheiten tolerieren.

*Svenja Holst, AbL-NRW-Saatgutvielfalt in Bauern- und Gärtnerhand*

## Traditionelle Sorten im Erwerbsanbau

Wie können traditionelle oder „alte“, seltene Sorten in Landwirtschaft und Gartenbau verwendet werden? Um diese Frage ging es bei einer von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft NRW und „ProSpecieRara“ organisierten Tagung am 2. Juli im Freilichtmuseum Detmold. Bei einer Führung konnten die Grünkohlorte „Lippische Palme“, gelbe Himbeeren sowie Haferwurzeln und Erdbeerspinat kennengelernt werden. Im Freilichtmuseum werden in Kooperation mit ProSpecieRara traditionelle Sorten aus Nordrhein-Westfalen erhalten und Saatgut an Interessierte weitergegeben. Iris Förster von ProSpecieRara berichtete vom Projekt „Vielfalt schmeckt“, in dem zwölf traditionelle Gemüsesorten über den Großhändler „Rinklin Naturkost“ in Baden-Württemberg vermarktet werden. Im Einzelhandel werde über die traditionellen Sorten informiert mit dem ProSpecieRara-Logo, sowie Kisten-Banderolen und Rezept-Postkarten, aber insbesondere die Kommunikation über Mitarbeiter sei wichtig. Die Erfahrung des Gärtners Alexander Westerbarkey vom „Gärtnerhof Vier Jahreszeiten“ in Gütersloh bei seiner Gemüse-Abokiste: „Wir haben zehn Kürbissorten und wir bekommen viel Lob dafür, aber zu 95 % wird dann Hokkaido gekauft.“ Der Ernteaufwand bei der spinatähnlichen Gartenmelde sei ihm zu hoch, aber den zarten Butterkohl baue er schon seit zehn Jahren an. Der Bauernhof Maaß in Werther stieg in den Emmer- und Einkornanbau ein, als die Getreidepreise wieder niedrig waren, so Kerstin Maaß. Im eigenen Hofladen verkaufen sie nun Brot aus diesen alten Getreidearten und unter ihren neun Kartoffelsorten sind auch zwei traditionelle Sorten. Die Vollkorn- und Bio-Bäckerei Meffert verwendet den Oberkulmer Rotdinkel, der aus einer alten Schweizer Landsorte selektiert wurde. Er ist auch beliebt, weil er als „Urkorndinkel“ oder „reiner“ Dinkel gilt, der nicht mit Brot-Weizen gekreuzt wurde. Die Backindustrie brauche hochgezüchtete Sorten mit hohen Glutenanteilen, aber handwerkliche Bäcker könnten auch mit traditionellen Sorten umgehen. *Svenja Holst*

**Kaum irgendwo ist Landwirtschaft so unterschiedlich, wie in den ostdeutschen Bundesländern: Sie bewegt sich zwischen der politischen Manifestierung agrarindustrieller Strukturen, außerlandwirtschaftlichen Landspekulanten und bäuerlichen Neugründungen oft junger Menschen aus dem Nichts. 30 Jahre nach der Wende und rund um sehr besondere Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gilt der Blick Bauern und Bäuerinnen, die ihre Wege gesucht und gefunden haben. Er gilt auch den politischen Entwicklungen der Vergangenheit, um zu verstehen, warum die Geschichte so stattgefunden hat und der Frage, wie es weiter geht.**

## Agrarstruktur ist kein Zufall

Bewahrer industrieller Strukturen setzten sich durch – bis jetzt

Schlechte Stimmung, der Aufstieg rechter Parteien, ungleiche Lebensverhältnisse mit besonders abgehängten ländlichen Räumen, entvölkerte Dörfer, wenige Bauern, höchstens bei fernem Investoren angestellte landwirtschaftliche Arbeiter, ausgeräumte Landschaften, in denen noch mehr Arten verloren gehen als in kleinteiliger Agrarstruktur – viel wird derzeit über den Osten Deutschlands geschrieben. Weder gibt es „den“ Osten, noch ist alles nur negativ. Und doch gibt es gerade in der Agrarpolitik Zusammenhänge, die bestimmte Entwicklungen begünstigt haben. Wo gilt es anzufangen? Vor 30 Jahren, als die friedliche Revolution vielleicht gerade auch auf dem Land Existenzen durchrüttelte? Nein, denn dass die Landwirtschaft wie kaum ein anderer Bereich im Übergang vom real existierenden Sozialismus zum Kapitalismus bewegt wurde, hat seine Wurzeln noch früher. Zur Idee des Sozialismus, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone etabliert wurde, passten freie Bauern auf eigenem Grundbesitz nicht. Werktätige auf dem Acker und im Stall sollten die Lebensmittelerzeugung übernehmen. Zunächst waren es 1945 die Großbetriebe der Junker mit über 100 Hektar, Güter vor allem im Nordosten, in Mecklenburg und Brandenburg, die enteignet wurden. Das Land ging in kleinen Päckchen an „Neusiedler“, oft Flüchtlinge aus dem Osten, mit sehr unterschiedlichen landwirtschaftlichen Erfahrungen und Kenntnissen. Später in den 50er Jahren und endgültig dann im „sozialistischen Frühling auf dem Lande“ im Frühjahr 1960 drängte man sie wie auch alle anderen Bauern dann in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-

schaften (LPGs). Wohl auch gerade für manche der Neubauern war es auch eine Erleichterung, Verantwortung abgeben zu können. Für viele von ihnen aber – wie auch für die meisten anderen Bauern und Bäuerinnen – war es kein freiwilliger Schritt. Eine nicht geringe Zahl verweigerte ihn durch Flucht, mit einer der entscheidenden Gründe, warum im Jahr darauf die Mauer gebaut und die innerdeutsche Grenze geschlossen wurde.

Es war das Ende des traditionellen Bauernstandes in Ostdeutschland, einhergehend mit massiven agrarstrukturellen Umbrüchen und daraus resultierend auch einem Verlust von Landschaft und Kultur. Umbrüche, die im Nachhinein beim Mauerfall knapp 30 Jahre später häufig als Hemmnis für die Neugründung privater bäuerlicher Betriebe angeführt wurden. Viel entscheidender ist jedoch, dass die Politik und ihre maßgeblichen Akteure – egal ob sie wirklich von der ökonomischen Vorzüglichkeit überzeugt waren oder Klientel bedienen wollten – die in der DDR entstandenen agrarindustriellen Großbetriebe unbedingt erhalten wollten. Sämtliche politischen Entscheidungen, nicht nur in der unmittelbaren Nachwendzeit, sondern bis heute, sprechen unabhängig von der parteipolitischen Couleur der Entscheidungsträger dieselbe Sprache.

Daran ändert auch nichts, dass nun bereits seit gut zehn Jahren ein Ausverkauf der längst nicht mehr in der Mehrzahl genossenschaftlich organisierten LPG-Nachfolgebetriebe an außerlandwirtschaftliche Investoren auch von Politikern aller Parteien beklagt wird. Obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 1967 urteilte, dass Eigentum an Land gerecht zu verteilen sei. Die Rich-



ter schrieben damals: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögenswerten (...) Das Gebot sozialgerechter Nutzung ist aber nicht nur eine Anweisung für das korrekte Verhalten des Eigentümers, sondern in erster Linie eine Richtschnur für den Gesetzgeber, bei der Regelung des Eigentumshalts das Wohl der Allgemeinheit zu beachten.“

### Nach der Wende

Es begann 1990 damit, dass das Bodenreformland der Großbetriebe von über 100 Hektar nicht an Alteigentümer zurückgegeben werden sollte. Die Idee der Bundesregierung war, durch Bodenverkäufe des Bundes die Einheit zu finanzieren. Das später enteignete Land der Neusiedler-Bauern sollte ursprünglich hingegen sehr wohl zurückgegeben werden, am Ende passierte das allerdings meist gezielt nicht. Nur das Land Brandenburg versuchte später durch eine Enquete-Kommission im Landtag, die Vorgänge aufzuarbeiten. Dabei wurde auch offenbar, dass die meisten LPG-Umwandlungen in Nachfolgebetriebe fehlerhaft, sprich zum Nachteil von Landeignern oder gründerwilligen Privatbauern abliefen. Was im Nachhinein dann oft als schwieriger Aktionismus in stürmischen Zeiten erklärt wird, hatte wohl doch mehr Methode. So halfen fast alle gesetzlichen Regelungen den LPG-Nachfolgern im-

mer ein bisschen mehr als irgendwelchen Bauerneinsteigern. Eine entscheidende Rolle spielte mit der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) die Verwalterin jener bundes-eigenen Flächen (Bodenreformland, ungeklärtes Alteigentum ...), welche das Gros der landwirtschaftlichen Flächen Ostdeutschlands stellte.

Zunächst wurden den vorhandenen (und damit meist LPG-Nachfolge-)Betrieben in schwierigen finanziellen Zeiten kurzfristige Pachtverträge gewährt, um die Bewirtschaftung zu sichern. Damit setzten sich die DDR-Bewirtschaftungsverhältnisse im Wesentlichen fort. Dann wurden langfristige Pachtverträge über zwölf bis 27 Jahre geschlossen. Jene langfristigen Pächter, so sie denn das Kriterium der Ortsansässigkeit erfüllten (beides traf ja im Wesentlichen auf die LPG-Nachfolger zu), konnten die Flächen dann nach und nach zum halben Verkehrswert kaufen. Der Geschäftsführer der BVVG von 1990 bis 2011, Wolfgang Horstmann, begründete das in seiner Amtszeit mit einer bewussten Besserstellung jener Vertreter der aus seiner Sicht ökonomisch überlegenen Strukturen, die die bei ihnen in Verpachtung konzentrierten Mengen an Flächen nur zu günstigen Tarifen zu kaufen in der Lage waren. Die Regelungen zum begünstigten Verkauf sollten 2008 auslaufen, also gab es 2006 ein weiteres Bonbon: Ortsansässige konnten jeweils 450 Hektar – zum immer noch günstigen Verkehrswert – kaufen. Mit diesem staatlichen „Siedlungsprogramm“ sollten ursprünglich nur natürliche Personen unterstützt werden. Der Vermittlungsausschuss des Bundestages ver-

Fortsetzung von Seite 11

handelte auf Druck der ostdeutschen Bundesländer (mit Landwirtschaftsministern aller parteipolitischen Farben) im letzten Moment hinein, dass auch juristische Personen an dem Programm teilnehmen durften. Überflüssig zu schreiben, wer hauptsächlich profitierte, zumal es eine Eigentumsanteils-grenze von 50 % gab. Das heißt, ein LPG-Nachfolger mit 1.000 Hektar Land durfte die maximale Menge von 450 Hektar kaufen, ein Bauer mit 60 Hektar Eigenland nur maximal 30 Hektar. Die vorhandene Agrarstruktur verfestigte sich weiter. 2010 wurde die Eigentums Klausel geöffnet: Je mehr Eigentum ein Betrieb besaß, desto mehr konnte er auch dazukaufen. Gleichzeitig trat die Regelung in Kraft, dass Betriebe mit mehr als 50 % Eigentumsflächen (wobei alle engen Familienmitglieder mit ihrem Eigentum mitzählen) ihren Anspruch auf Pachtverlängerung bei der BVVG verlieren. Die Regelung trifft im Wesentlichen – wie könnte es anders sein – nicht die juristischen Personen, sondern ein Gros der bäuerlichen Betriebe unter 200 oder 300 Hektar.

### Zeit der Investoren

Horstmann selbst bezeichnete den 450-Hektar-Verkauf später nach seinem Ausscheiden aus der BVVG als Fehler, da man dadurch einer ungleichen Vermögensverteilung Vorschub geleistet habe. Es waren fast noch einmal so viele Flächen wie vorher durch die begünstigten Verkäufe von langfristig verpachteten Flächen an die Be-

triebe gegangen. Wie groß der Druck und Einfluss der politischen (und wirtschaftlichen) Akteure war und ist, wird zum einen daran deutlich, dass das Bundesfinanz- wie auch das Bundeslandwirtschaftsministerium Horstmann untersagten, seine Erinnerungen zu veröffentlichen, zum anderen auch daran, dass eine Beschwerde der EU-Kommission über die aus Wettbewerbsgründen viel zu günstigen Verkaufspreise 1998 (z. T. zum halben Verkehrswert) nur durch einen Abschlag auf den Verkehrswert von 35 % „geheilt“ werden sollte. Die Festlegungen viel zu geringer Verkehrswerte war die Folge. Äcker wurden zu Schleuderpreisen veräußert, sind heute ein Vielfaches wert und deshalb so attraktiv für außerlandwirtschaftliche Investoren.

Der langjährige Ost-Agrarminister Till Backhaus (SPD) in Mecklenburg-Vorpommern warnte schon vor ein paar Jahren vor den negativen Auswirkungen des Ausverkaufs des Ostens auf Landschaften und Gemeinwohl, ist selbst aber nicht unbeteiligt an den Entwicklungen, die dahin führten. Und vor allem: Wenn es jetzt darum geht, dem Ganzen einen anderen Dreh zu geben, versagt bislang die Politik erneut. Gleichzeitig haben sich die Bodenpreise vervielfacht. Pacht und Kauf sind Bauern und Bäuerinnen nur noch schwer möglich, während immer mehr Kapitalanleger astronomische Werte generieren, ohne der Allgemeinheit Teilhabe zu ermöglichen. Als 2014 Sachsen-Anhalts damaliger Landwirtschaftsminister Hermann Onko Aeikens (CDU) versuchte, ein Agrarstrukturgesetz zu etablieren, was unter anderem Anteils-

käufe genehmigungspflichtig werden lassen sollte, scheiterte er am Widerstand des Bauernverbandes.

Sogenannte Share Deals, bei denen ein Investor nur 95 % eines Unternehmens kauft, ersparen ihm die Grunderwerbssteuer und müssen nicht öffentlich gemacht werden. Aeikens grüne Nachfolgerin Claudia Dalbert, müht sich schon lang mit einem Projekt Agrarstrukturgesetz und lässt aktuell die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht prüfen. Länderminister verwiesen bislang gern auf den Bund oder die EU, wenn es darum ging, an Share Deals, Grunderwerbssteuer, Vorkaufsrechten oder Ähnlichem etwas zu ändern, dabei machten Bundesjustiz- wie auch Bundeslandwirtschaftsministerium auf Anfragen mehrfach klar, dass diese Kompetenz eindeutig bei den Länderparlamenten liegt. Aeikens Beispiel wirkt da offenbar abschreckend genug.

### Brandenburg geht voran

Einer, der allerdings als Parlamentarier etwas in die Hand nimmt, ist der brandenburgische Grünen-Landtagsabgeordnete Axel Vogel. In die Thematik eigearbeitet durch die jahrelange Auseinandersetzung in der Enquetekommission, hat er gerade einen Vorschlag für ein Agrarstrukturgesetz in Brandenburg vorgelegt. „Es wird ein Agrarstrukturgesetz in Brandenburg geben“, ist er zuversichtlich auch im Hinblick auf die Mehrheiten nach der Landtagswahl. Er hat versucht, im Vorfeld alle Beteiligten einzubinden, um ein akzeptiertes praxistaugliches

Instrument zu erstellen, das ortsansässige bäuerliche Betriebe stärken und den Einfluss außerlandwirtschaftlicher Investoren begrenzen soll. Bäuerlichen Betrieben sollen Vorkaufsrechte eingeräumt werden, Share Deals sollen genehmigt werden müssen und auch versagt werden können. Vogel will auch die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften mit Vorkaufsrechten besser stellen, damit diese durch Verpachtungen bäuerliche Betriebe vor Ort stärken können. „Die Agrarstruktur hat auch etwas mit der Art der Bodenbewirtschaftung zu tun“, so Vogels Herleitung. Häufig genug in der Vergangenheit schafften Investoren in Großbetrieben als erstes Tierhaltung und Gemüsebau ab und setzten auf Biogas. Brandenburgs Bauernverbandspräsident Henrik Wendorff konstatiert immerhin, dass man ein Problem habe im Hinblick auf die Investorenübernahmen. „Die Landwirte vor Ort wollen inzwischen selber, dass etwas geschieht“, sagt Axel Vogel. Er habe bislang viel Lob für seinen Vorstoß erhalten, auch CDU und Linke wollten endlich etwas verändern. Die noch im Landwirtschaftsministerium führende SPD lehnte ein Gesetz bislang ab, schickte aber immerhin die Leiterin des Grundsatzreferates zur Gesetzentwurfsvorstellung. Man mag es kaum glauben, aber vielleicht entsteht in Brandenburg zum 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls zum ersten Mal eine Gesetzesinitiative, die ein Zeichen setzt für eine vielfältige Agrarstruktur. cs

### Immer mehr außerlandwirtschaftliche Investoren

Das Thünen-Institut zeigt, dass in den neuen Bundesländern der Einfluss außerlandwirtschaftlicher Investoren stark zunimmt. Eine wesentliche Ursache hierfür sei die unterschiedliche Behandlung beim von landwirtschaftlichen Flächen, deren Kauf durch das Grundstücksverkehrsgesetz beschränkt werde im Gegensatz zum nicht reglementierten Kauf von Geschäftsanteilen eines landwirtschaftlichen Unternehmens, das selbst Boden besitzt. Als eingetragene Genossenschaft, Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie GmbH & Co. KG organisierte landwirtschaftliche Unternehmen haben einen Anteil von 16,7 Prozent der in Ostdeutschland statistische erfassten Betriebe. Allerdings bewirtschaften sie mit 56,4 Prozent über die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen. Der Report untersucht neben den Unternehmensstrukturen auch die Veränderungen durch Verkauf, Übernahme und Neugründung. Im Untersuchungszeitraum wurden 157 Übernahmefälle registriert. Dabei waren es in 139 Fällen ortsansässige Voreigentümer die den Betrieb als Mehrfamilienunternehmen führten. 30 % der neuen Eigentümer dagegen sind überregional aktive landwirtschaftsnahe und weiter 42 % nichtlandwirtschaftliche Investoren. Insgesamt wurden im analysierten Zeitraum (1999-Frühjahr 2017) rund 28.500 ha Eigentumsfläche mittels Share Deals auf neue Kapitaleigentümer übertragen. In Relation zur landwirtschaftlichen Gesamtfläche der Fallregionen haben in den zehn Jahren 2,2 % dieser Fläche den Eigentümer per Share Deal gewechselt. Parallel ist seit 1999 der Anteil landwirtschaftlich genutzter Fläche im Besitz juristischer Personen von unter 5 % auf gut 25 % im Jahr 2016 angestiegen. Auch wenn dieser Trend voraussichtlich abnehmen würde bedrohe die zunehmende Bedeutung von Share-Deals das Grundstücksverkehrsgesetz. „Damit verliert das Grundstücksverkehrsgesetz faktisch weiter an Effektivität,“ so die Autoren „ und es wächst die Gefahr, dass dessen Legitimität insgesamt in Frage gestellt wird.“ Die zunehmende Konzentration von Landeigentum in der Hand überregional aktiver juristischer Personen könne zum Problem für die betroffenen ländlichen Regionen werden. mn



Mehr als 20 Bauern und Bäuerinnen mit ihren Traktoren und über 250 Menschen setzten Ende August in Dresden ein starkes Zeichen für eine andere Agrarpolitik in Sachsen. Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland (AbL) hatte ein breites Bündnis zur „Wir haben es satt! Agrarindustrie abwählen!“ - Demonstration eingeladen. Danilo Braun, Bauer und Landessprecher der AbL in Sachsen: „Wir brauchen eine Landwirtschaftspolitik, die dafür sorgt, dass Bauernhöfe wieder eröffnen und sich halten können, anstatt zu schließen. Das Land darf nicht weiter an Investoren verscherbelt und die Subventionen mit der Gießkanne über die Fläche verteilt werden.“



Hinter Pflug und Kirschbaum im Elbtal liegt die Dresdener Innenstadt, in Blickweite von Vorwerk Podemus

Foto: Nürnberger

## Regionale Produkte aus Dresden für Dresden

Der Hof Vorwerk Podemus vereint Landwirtschaft, Verarbeitung und viele Bioläden

**W**enn man hinter dem Kuhstall auf der Weide steht, blickt man ins Elbtal und auf Dresden. Die sächsische Landeshauptstadt scheint nur einen Steinwurf entfernt und auch die letzte Straßenbahnhaltestelle ist nur wenige Kilometer weit weg. Trotzdem ist man hier auf dem Hof Vorwerk Podemus ganz aus der Stadt raus. Der traditionsreiche Vierseithof, der sein prunkvolles Äußeres seiner ehemaligen Bestimmung als Weingut verdankt, hat eine lange Geschichte. Was unter Bischof Benno im 11. Jahrhundert begann, im Krieg zwischen sächsischen und preußischen Truppen im 18. Jahrhundert abbrannte, wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Tätigkeitsfeld der Familie Probst. Nach den beiden Weltkriegen sollte es in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wieder aufwärts gehen. Neue Technik, die ersten Traktoren und verbesserte Arbeitsabläufe zeigten ihre Wirkung. Doch schon bald kam mit der Zwangskollektivierung der nächste tiefe Einschnitt. Lange widersetzte sich die Familie Probst dem immer weiter steigenden Druck durch die Parteikader, ging 1960 schließlich in die BRD und überließ die Bewirtschaftung des Hofes gezwungenermaßen der LPG „Karl Marx“. Erst 1990 nach dem Fall der Mauer konnte Manfred Probst die Rückübertragung von Vorwerk Podemus erreichen. Während im Umfeld die großen Strukturen der LPGs weitergeführt wurden, stellte Manfred Probst den Hof auf ökologischen Landbau um und legte die Grundsteine für die heutige vielseitige

Betriebsstruktur. Schon früh setzte man auf Direktvermarktung und baute einen eigenen, zunächst kleinen, Hofladen. Eine eigene Schlachtung entstand. Die Nähe zu Dresden mit den neu entstehenden Absatzchancen war hierbei sicherlich ein großes Plus. Neben dem Hofladen „auf dem Hof“ gibt es seit 2009 auch „Hofläden“ in Dresden. Inzwischen sind es elf Filialen, in denen neben dem gängigen Biosortiment vor allem die eigenen Produkte vertrieben werden. Gleichzeitig mit einem zweiten Laden, der ersten Filiale in der Dresdener Innenstadt, wurde die eigene Biofleischerei fertiggestellt, in der heute 21 Personen arbeiten, die jährlich rund 1.000 Rinder verarbeiten.

### Kurze Wege

Für Bernhard Probst, der inzwischen den Betrieb von seinem Vater Manfred übernommen hat, macht die Kombination aus der eigenen Produktion und der Vermarktung in Dresden den Kern der Regionalität aus, die Vorwerk Podemus klar von den anderen Biosupermärkten abhebt. Ein Betrieb mit einem eigenen Netz aus Biofachgeschäften, das ist ungewöhnlich. „Wir waren hier mit ökologischem Landbau die totalen Exoten“, erzählt Bernhard Probst von den Anfängen nach der Wende. Vielleicht ist es diese Besonderheit, die dazu führte, mehr noch als bei anderen, eigene Vermarktungsstrukturen aufzubauen. Dass es heute ein kleines Filialnetz gibt, zu dem auch eine mittelständische Fleischerei gehört, liegt aber wohl auch an der Umtriebigkeit von

Bernhard Probst. Neben Fleisch und Wurst gibt es in den Märkten die Milch vom Hof, eigene Kartoffeln und Mobilstalleier vom Betrieb des Bruders. Aus der eigenen Obstplantage, die unmittelbar neben den ersten Einfamilienhäusern am Dresdener Stadtrand liegt, kommen je nach Saison Aprikosen, Pflaumen, Pfirsiche, reif geerntet, direkt zum Kunden. Die Nähe zur Stadt, ein großer Vorteil für die Vermarktung, ist aber immer auch eine „Bedrohung“, wenn neues Bauland ausgewiesen werden soll. Werden die gepachteten 11 ha Obst irgendwann zu Bauplätzen, fallen einfach weg? Ganz ähnlich steht es auch um eine inzwischen imposante Quittenplantage in unmittelbarer Nähe, gepachtet vom Finanzministerium, das sie vom Vorbesitzer übernommen hat. Durch mangelnde Pflege über Jahrzehnte verwildert, musste diese Fläche zuerst freigeschnitten werden. Der Quittenwald, der durch die besondere Wuchsform heute einen fast schon verwunschenen Eindruck hinterlässt, ist ein Experiment, dessen Rentabilität sich erst noch erweisen muss.

### Mut und Neugier

Vielleicht sind es gerade diese „Experimente“, die das Besondere sind auf Vorwerk Podemus, das Besondere von Bernhard Probst. Nicht alles gleich mit Zahlen und Analysen zu ersticken, sondern mit realistischem Blick, aber auch mit Mut und Neugier an neue Projekte heranzutreten. Es gibt eine Vision, eine vage Vorstellung, wie und was alles noch werden könnte: die eigene Käse-

rei, die Heutrocknung mit Hackschnitzeln und eine Biogasanlage für die Abfälle der Fleischerei, mit eigener Gasgewinnung für den Fuhrpark. Manches schon in der Umsetzung, anderes noch in gedanklichen Vorstufen.

### Mit- und Voneinander

Visionen zu entwickeln und in die Praxis zu übersetzen, sie zu finanzieren und zu wirtschaftlichen Standbeinen werden zu lassen, das allein ist schon schwer und für eine Person kaum umzusetzen. Einen vielschichtigen Betrieb mit Leben zu füllen, gelingt nur, wenn viele mittun. Mit „Jeder kann sich einbringen“ beschreibt Probst die auf Vorwerk Podemus nicht nur beim gemeinsamen Mittagessen spürbare flache Hierarchie und verteilte Verantwortung. Für ihn ist es wichtig, den Menschen eine Perspektive zu geben, auch durch faire Löhne. Ihnen Raum zu geben, Teil des Hofes, des Bioladens oder der Fleischerei, eigentlich des Ganzen zu werden.

Das Ganze allerdings, das spürt auch Bernhard Probst, wird immer größer: „Ein großes Boot, das immer träger wird.“ Vielleicht drückt der Mann, der in kurzer Hose, T-Shirt und Arbeitsschuhen ganz nebenbei, während er einem Journalisten Rede und Antwort steht, die Bestellung von neuen Hackscharen, einen Ladenumbau und die Einrichtung der Käserei organisiert, so die Verantwortung aus, die am Ende doch bei ihm zusammenkommt. *mn*

# Bin Bauer, suche Land

Große Strukturen und eingeschworene Netzwerke machen Betriebsgründungen in den neuen Bundesländern schwer

**N**och heute scheint in den neuen Bundesländern zu gelten, was Angela Merkel den Großbetrieben 2011 im Vorfeld der damaligen Verhandlungen zur gemeinsamen Agrarpolitik versprach: „Macht euch keine Sorgen! Ich schütze euch.“ Hintergrund war die Forderung nach der Einführung einer Kappung der Direktzahlungen. Laut der Agrarstrukturerhebung 2016 liegt die Betriebsgröße in den alten Bundesländern im Schnitt bei 44 ha und ist in den neuen Bundesländern mit 224 ha gut fünfmal so hoch.

## Billiger Rohstoff

Für Franz Joachim Bienstein, der nach der Wende einen Ackerbaubetrieb in Mecklenburg-Vorpommern gekauft hat und bewirtschaftet, drückt sich in dem Zitat der Kanzlerin das Interesse einer kleinen Gruppe von Politikern und im Hintergrund agierender Akteure aus, die bis heute versuchen, das Modell einer industrialisierten Landwirtschaft in möglichst großen Strukturen zu erhalten und weiter auszubauen. „Für mich ist die einzige Erklärung einer solchen Politik das Interesse der Lebensmittelindustrie an günstigsten Rohstoffen und die Prämisse: Nahrungsmittel müssen billig sein.“ Die Aussage der Kanzlerin 2011 kam aber zu einem Zeitpunkt, zu dem der Umbau der Agrarstruktur in den neuen Bundesländern bereits über 20 Jahre lief. Trotz einer behördlich durch die BVVG organisierten Flächenvergabe ist sich Bienstein sicher, dass ein einfacher Bauer, egal ob aus West oder Ost, ohne einschlägige Verbindungen zu den ehemaligen Agrarkadern der DDR keine Chance hatte, an Land zu kommen. „Die betroffenen Menschen aus dem Osten wussten ganz schnell, wie das läuft, während wir aus dem Westen noch an die Redlichkeit einer Behörde geglaubt haben“, fasst Bienstein seine Erfahrungen selbstkritisch zusammen.

## Chance vertan

„Wir schützen euch“ hat also in den neuen Bundesländern nicht nur den Großbetrieben die Einnahmen aus Direktzahlungen gesichert, sondern – das wird klar, wenn man sich die Größenstruktur und Rechtsformen der Betriebe ansieht – auch einen Umbau zu einer bäuerlichen Landwirtschaft verhindert. Auch wenn inzwischen immer mehr private Landbesit-



Die Großeltern von Johann Franz haben den Familienbetrieb auch zu DDR-Zeiten mit Leben gefüllt

Foto: Müller

zer nicht mehr „blind“ an den ortsansässigen Großbetrieb verpachten oder verkaufen, bleibt es für Neueinsteiger schwierig, einen Betrieb zu gründen, berichtet Kai Pönitz aus Seifersdorf in Sachsen. Er selbst, der seinen Betrieb 1999 mit 53 ha wieder eingerichtet hat, stellt fest, dass zunehmend Privatpersonen an ihn als potentiellen Pächter herantreten. „Den Menschen gefällt es nicht, wenn ihr Land von Großagrariern aus Baden-Württemberg bewirtschaftet wird“, stellt Pönitz fest. Das Grundstücksverkehrsgesetz mit seiner Regelung, die nur wirtschaftlichen Betrieben ein Vorkaufsrecht einräumt, macht Betriebsgründungen hingegen fast unmöglich. „Den Kaufvertrag bekommt immer die Agrargenossenschaft auf den Tisch.“ Ein anderes Problem seien die hohen Pachten, die im Rahmen der verschärften Düngeverordnung nochmals angezogen hätten. Rückblickend sieht Pönitz das System der LPG nicht nur negativ. „Es hat die Menschen auch von der Last des Wirtschaftens befreit, Möglichkeiten für Urlaub und im positiven Fall ein neues Wir-Gefühl geschaffen.“ Allerdings habe die starke Spezialisierung der Aufgaben die Grundlage für ein eigenständiges

Wirtschaften zerstört, weil z. B. nur wenige Einblicke in die ökonomischen Zusammenhänge hatten.

## 200 Jahre Tradition

Immer Bauern geblieben sind die Franzens. Obwohl auch ihre Flächen im Rahmen der Kollektivierung einer LPG zufielen, hat die Familie immer Tiere gehalten. „Zwei Pferde und zwei Kühe waren immer am Hof“, erzählt Johann Franz, heute Mitte zwanzig, nicht ohne Stolz von seinen Großeltern. Diese haben den Betrieb dann 1992 auch wieder in die eigene Bewirtschaftung genommen. Weil das Frühgemüsezentrum am Stadtrand von Dresden privatisiert wurde, war dies vielleicht einfacher, als wenn die LPG als GbR weitergeführt worden wäre. Der Vater hat den Betrieb zehn Jahre lang im Nebenerwerb betrieben. Inzwischen bewirtschaftet Johann Franz den Betrieb mit 115 ha im Vollerwerb. Auch er berichtet von Verpächtern, die ihm ihr Land anboten, weil sie sein Engagement und seine Arbeit wertschätzten. Eine große Herausforderung für den Ökobauern sind die fehlenden Vermarktungsstrukturen und die aufgrund des Elbehochwassers geringen Lagermöglichkeiten am Hof. Als Querein-

steiger hat Familie Tuch 1999 in Ziegelroda in Sachsen-Anhalt einen Betrieb übernommen. Auf 26 ha werden Getreide und Ölsaaten, vornehmlich zur eigenen Vermarktung, angebaut. Ein Schwerpunkt des Hofes sind die 0,7 ha Kräuter, die einzeln, als Tees und als Gewürzmischungen verkauft werden. Der kleine Betrieb wird gut in der Region angenommen, berichtet Holger Tuch, vielleicht gerade weil Betriebe mit 700 ha und mehr in der Region keine Seltenheit sind. Wichtig sind für Holger Tuch Kreisläufe und ein regeneratives Wirtschaften. „Ich glaube, wir sind interessant für Menschen, die auch das Kleine sehen und sich Gedanken machen.“

## Es könnte so bunt sein

Auch wenn agrarindustrielle Strukturen und außerlandwirtschaftliche Investoren, bedingt durch eine diese Strukturen unterstützende Agrarpolitik, in den neuen Bundesländern die Regel sind, zeigen engagierte Menschen an vielen Stellen, dass eine bäuerliche Landwirtschaft möglich ist und von der Bevölkerung wertgeschätzt wird. Wo könnte man sein, würde man mit der Agrarpolitik diesen Betrieben mehr Anerkennung zukommen lassen? *mm*

# Patentrezept gegen Profitinteresse

Nach Jahren ist nun das Patent auf Teff gescheitert

Zum ersten Mal Indschera gegessen – jenen traditionellen Brotfladen der ostafrikanischen Küche – hat Regina Asendorf, als sie nun doch das gute Ende einer Geschichte über Neokolonialismus, Patentrechte und Widerstand in einem äthiopischen Restaurant feiern konnte. „Das Wichtigste daran ist eigentlich“, sagt die Mitarbeiterin der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, „die Erfahrung, dass es sich lohnt, Unrecht öffentlich zu machen und dagegen Widerstand zu leisten.“ Als sie vor zehn Jahren begonnen hatte, sich mit dem hirseartigen Gras Teff (*Eragrostis tef*) auseinanderzusetzen, war ihr diese Dimension noch nicht bewusst. In Äthiopien wird die Pflanze schon seit Tausenden von Jahren kultiviert und die Körner zu Mehl vermahlen. Meist wird Teffmehl zu jenen crêpeartigen Indschera-Fladen backen, die zu fast jeder Mahlzeit gereicht werden. Im Rahmen eines Projektes der Landwirtschaftskammer Niedersachsen zu möglichen landwirtschaftlichen Anpassungen an den Klimawandel und vor allem auch

vor dem Hintergrund, dass Teffmehl glutenfrei ist, stieß Asendorf auf die Pflanze. Sie gedeiht unter ähnlichen Vegetationsbedingungen, wie sie in Norddeutschland vorherrschen, vor allem im äthiopischen Hochland und muss dort unter Umständen auch längere Trockenperioden tolerieren. Die Bezirksstelle der Landwirtschaftskammer in Uelzen organisierte den Anbau im Jahr 2010 mit ganz beachtlichen Ergebnissen. Dann kam die Ernüchterung: Nachdem aus Äthiopien Teffsaatgut zu Forschungszwecken in die Niederlande geliefert worden war, hatte sich das niederländische Unternehmen Health and Performance Food International B.V. (HPFI) beim europäischen Patentamt die Verarbeitung von Teff zu Mehl patentieren lassen. Das Patent war offenbar auch deshalb erteilt worden, weil es eben nicht um die ganze Pflanze ging (das ist im Biopatentrecht nicht erlaubt) und als vermeintliche Neuerung eine bestimmte Fallzahl eingefügt war. Dass Teffkörner meist eine Fallzahl von 250 aufweisen, war allerdings nirgendwo umfangreich dokumentiert. Auch in Äthiopien hätte niemand etwas von dem Patent gehabt. Über all das wurde auch in überregionalen Medien berichtet.

## Ungerechtigkeit

Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen legte Einspruch gegen das Patent ein, dieser wurde aber abgewiesen. Vor rund zwei Jahren wurde dann der deutsche

Patentanwalt Anton Horn durch einen äthiopischen Freund auf die Sache aufmerksam und entschloss sich gegen die aus seiner Sicht „Riesenungerechtigkeit“, so zitiert ihn ein Fachmagazin, mit einer Klage vor dem Bundespatentgericht anzugehen. Daraufhin trat die niederländische Firma von ihrem Patentrecht zurück. Zuvor war sie bereits in den Niederlanden vor Gericht gescheitert, wo die Nennung der Fallzahl nicht als Neuerung anerkannt wurde. Auch weitere europäische Länder dürften nun nachziehen, in jedem Mitgliedsstaat muss einzeln verhandelt werden.

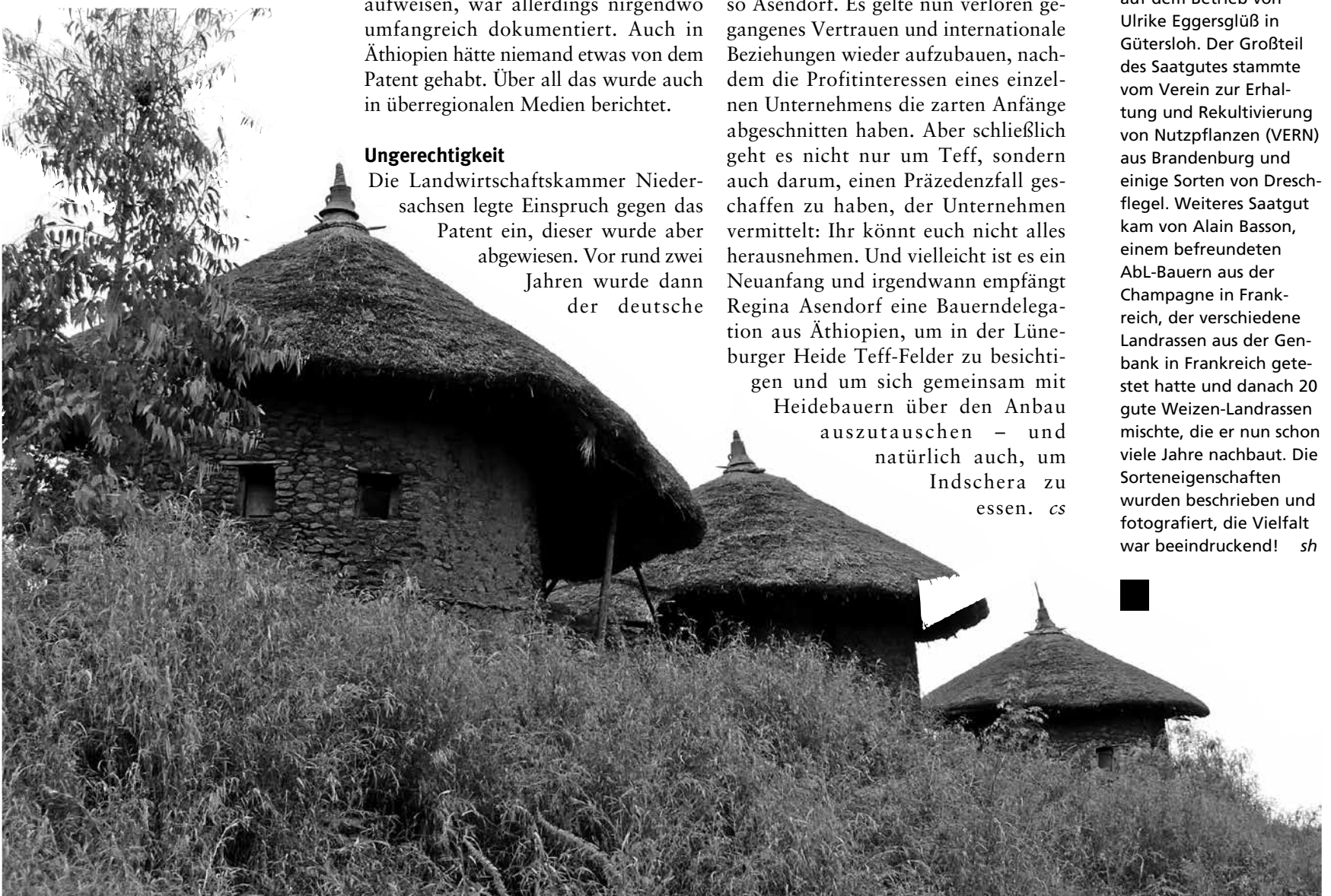
## Gemeinsam

Nun will sich Regina Asendorf direkt an äthiopische Einrichtungen wenden, um die Neuauflage des Teffanbaus in Norddeutschland anzuschließen. Das gestaltet sich nicht ganz einfach, auch weil es natürlich Vorbehalte gibt. „Die Äthiopier sind verständlicherweise nach der Geschichte nicht begeistert“, so Asendorf. Es gelte nun verloren gegangenes Vertrauen und internationale Beziehungen wieder aufzubauen, nachdem die Profitinteressen eines einzelnen Unternehmens die zarten Anfänge abgeschnitten haben. Aber schließlich geht es nicht nur um Teff, sondern auch darum, einen Präzedenzfall geschaffen zu haben, der Unternehmen vermittelt: Ihr könnt euch nicht alles herausnehmen. Und vielleicht ist es ein Neuanfang und irgendwann empfängt Regina Asendorf eine Bauerndelegation aus Äthiopien, um in der Lüneburger Heide Teff-Felder zu besichtigen und um sich gemeinsam mit Heidebauern über den Anbau auszutauschen – und natürlich auch, um Indschera zu essen. cs



## Schaugärten mit altem Getreide

Grasgrüner Einkorn, Roter Sächsischer Landweizen, violettes Stroh beim weißen Schlegeldinkel, schwarzer behaarter Winter-Emmer, eine pyramidenförmige Winter-Imperialgerste ... Im Rahmen des Projektes „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“ testeten Bäuerinnen und Bauern der Abl NRW in dieser Saison 20 traditionelle Getreidesorten vieler Arten in kleinen Schaugärten in ihren Betrieben – das komplette Sortiment stand auf dem Betrieb von Ulrike Eggersglöß in Gütersloh. Der Großteil des Saatgutes stammte vom Verein zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen (VERN) aus Brandenburg und einige Sorten von Dreschflegel. Weiteres Saatgut kam von Alain Basson, einem befreundeten Abl-Bauern aus der Champagne in Frankreich, der verschiedene Landrassen aus der Genbank in Frankreich getestet hatte und danach 20 gute Weizen-Landrassen mischte, die er nun schon viele Jahre nachbaut. Die Sorteneigenschaften wurden beschrieben und fotografiert, die Vielfalt war beeindruckend! sh



Teff gedeiht besonders gut im äthiopischen Hochland

Foto: Resmer/pixelio



## Agroforst - Getreide und Bäume auf dem Acker

Rosanna Gahler untersucht Situation und Rahmenbedingungen von Agroforstsystemen

Foto: Freese

### Weltrangliste der Molkereien

Nestle ist nach wie vor der größte Milchverarbeiter der Welt. Nach der Analyse der Rabobank erzielte der Schweizer Konzern 20,6 Mrd. Euro Umsatz in 2018 und führt damit vor den zwei französischen Milchkonzernen Lactalis (17,6 Mrd. Euro) und Danone (15,2 Mrd. Euro). Nach Fonterra (Neuseeland) belegt mit Friesland/Campina (11,6 Mrd. Euro) ein holländischer Milchverarbeiter Platz fünf, der u. a. mit Landliebe-Produkten auch in Deutschland bekannt ist. Hinter Arla Foods (Nr. 7) bewegt sich die größte deutsche Molkerei Deutsches Milchkontor (DMK) auf Platz 13. Savencia (Frankreich), die die westfälische Biomolkerei Söbbeke übernommen hat, liegt auf Nr. 17. Müller Milch belegt Platz 20 mit 4,3 Mrd. Euro Umsatz. Auffallend waren im Jahr 2018 Übernahmen, Fusionen und Joint Ventures gerade der Top 20. Dabei tat sich besonders Lactalis hervor, u. a. mit dem Kauf des USA-Joghurtgeschäfts der baden-württembergischen Privatmolkerei Ehrmann. hg

Die Agroforstwirtschaft ist eine vielfältige Landbauform, bei der auf derselben Fläche Gehölzstrukturen mit Ackerkulturen und/oder Tieren kombiniert werden. Multifunktionale Agroforstsysteme (AFS) sind höchst relevant im Kontext zweier aktueller UN-Berichte: dem „Globalen Bericht zum Zustand der Natur“ des Weltbiodiversitätsrates vom Mai 2019 sowie dem Sonderbericht des Weltklimarates über Landnutzung vom August 2019, denen zufolge die Ökosysteme durch nicht nachhaltige Landnutzungsformen akut von einem dramatischen Artensterben und beschleunigter Erderwärmung bedroht sind.

### Definition

Das Internationale Forschungszentrum für Agroforstwirtschaft (ICRAF) definiert AFS als „Landnutzungssysteme, in denen verholzende, mehrjährige Pflanzen (Bäume, Sträucher, Palmen, Bambus etc.) gezielt mit dem Anbau von Feldfrüchten und/oder Tierhaltung auf derselben Bewirtschaftungseinheit kombiniert werden. (...) Dabei stehen die Komponenten ökologisch sowie ökonomisch in Interaktion.“ Zusätzlich gilt: Ein AFS generiert immer zwei oder mehr nutzbare Produkte; der Zyklus ist länger als ein Jahr; AFS sind ökologisch und ökonomisch immer komplexer als eine Monokultur; Produktivität (Ertragssteigerung und Landproduktivität) und Nachhaltigkeit (Erhalt der Bodenfruchtbarkeit) kennzeichnen jedes AFS.

Historisch waren AFS in Deutschland weit verbreitet, bevor die Landwirtschaft mechanisiert und industrialisiert wurde. Gehölze wurden seit Beginn des 20. Jahrhunderts jedoch zwecks effizienter Bewirtschaftung zunehmend von den Äckern entfernt und damit die Forst- und Landwirtschaft räumlich voneinander getrennt. Einzelne Streuobstwiesen und Wind-

schutzhecken verblieben als bekannteste traditionelle AFS im Landschaftsbild. Moderne AFS sind im Unterschied zu traditionellen an die aktuelle landwirtschaftliche Produktionstechnik angepasst, um die Ackernutzung möglichst wenig zu beeinträchtigen.

In ihrer Untersuchung führt Rosanna Gahler aktuell 24 moderne Agroforst praktizierende Betriebe in Niedersachsen, Hessen, Brandenburg, Bayern und Baden-Württemberg auf. Besonders im Nordosten Deutschlands, in Brandenburg, das zu den nährstoffärmsten Standorten zählt, dienen AFS zum Aufbau organischer Substanz und als Erosionsschutz.

Ökologische und wirtschaftliche Vorzüge Die Autorin hat eine Vielzahl von Vorteilen zusammengetragen, die die Integration mehrjähriger Gehölze in die ackerbauliche und Weidenutzung mit sich bringt: neben Holzprodukten auch Obst, Tierfutter, Energie sowie Beschattung. Baum- und Heckenstreifen bieten Refugien für bestäubende Insekten, dienen der Bodendüngung und verbessern die Humusbildung. Durch ihre tiefen Wurzeln können sie Nährstoffe aus tieferen Bodenschichten mobilisieren, speichern Bodenfeuchte und reduzieren die Verdunstung. Daneben tragen sie auch zu einem ästhetischeren Landschaftsbild bei. Zudem mindern Bäume und Sträucher erheblich die Belastung von Fließgewässern mit Schadstoffrückständen von Pestiziden, Stickstoff- und Phosphordünger. Hierzu werden parallele Baumreihen aus Wertholzbäumen (z. B. Walnuss), Obstbäumen (z. B. Apfel, Kirsche) oder Energieholzbäumen (z. B. Pappel, Weide) zwischen Ackerkulturen und an Ackerrändern gepflanzt. Allerdings müssen auch Herausforderungen wie ein erhöhter maschineller oder manueller Bearbeitungsaufwand in den Betriebsablauf eingeplant werden. Die langjährige Anbauform kann die Flexibilität von Betrieben einschränken, auf

schwankende Absatzmärkte zu reagieren. Bei silvopastoraler Nutzung, d. h. einer Beweidung zwischen Wertholzbäumen, müssen diese vor Verbiss- und Schälschäden geschützt werden. Bei der Anlage von AFS auf Pachtland ist die Kommunikation zwischen Pächter und Verpächter essentiell, um langfristige Investitionssicherheit zu gewährleisten.

### Motivation

Trotz dieser Hürden empfiehlt die große Mehrheit der von der Autorin befragten Agroforstbetriebe die Etablierung von AFS. Diese beruhte bei den meisten Landwirt\*innen auf einer ausgeprägten ökologischen Motivation, aber auch auf wahrgenommenen ökonomischen Vorteilen, gepaart mit innovativen Ideen und Experimentierfreude. Durch intensivierte Forschung, die Klärung der Rechtslage und verbesserten Praxisaustausch würde aus Sicht der Landwirt\*innen die Attraktivität der Anlage von AFS gesteigert.

Ulrike Bickel,  
Agrar- & Umweltwissenschaftlerin,  
DEFAP-Gründungsmitglied 2019

Weitere Infos: <https://agroforst-info.de>.  
Bachelorarbeit Rosanna Gahler, Universität Freiburg: „Agroforstsysteme in Deutschland. Ein Praxisbericht über die aktuelle Lage, Herausforderungen und Chancen einer alternativen Landnutzung“, Juli 2019. In Kürze auf: [www.welt-ernaehrung.de](http://www.welt-ernaehrung.de).

# Bäume, Forst und Wald

Klimawandel im Brennglas

Die sommerliche Radtour von Norddeich Richtung Münster führte uns durch das als Hochburg der Tierhaltung bekannte Emsland – überall trockene Eichen oder Birken. Auch eine Auto- oder Bahnfahrt aus dem Sauerland Richtung Kassel, Bergisches Land oder Richtung Frankfurt ist nicht nur frustrierend aufgrund des immer stärker werdenden Verkehrs, sondern als Waldbesitzer auch wegen des überall sichtbaren Baum- und Waldsterbens: Trockene Kronen, braune Nadelholzbestände, wohin das Auge blickt.

## Das Sterben der Bäume

Deutschland- und europaweit das gleiche Bild, überall rattern die Motorsägen und Waldbesitzer\*innen kämpfen um ihre Existenz. Dutzende Millionen Festmeter Käferholz sind auf den Märkten, die Sägewerke voll, die Holzabfuhr stockt, der Preis ist um 60 % gefallen. Aber nicht nur die Nadelhölzer sind betroffen: Der Eichenprozessionsspinner sorgt deutschlandweit für Aufsehen, die Eschen sind sowieso schon länger auf dem Rückzug und die sogenannte Rußrindenkrankheit trifft die Ahornbestände. Auch den Bäumen in der Stadt ist nun die Trockenheit anzusehen – immer mehr trockene und abgestorbene Äste erscheinen, das Laub ist schon Mitte August braun und die Verkehrssicherungspflicht der Kommunen und Waldbesitzer\*innen führt zu immer mehr Fällungen von z. T. auch sehr alten und stadtteilprägenden Bäumen.

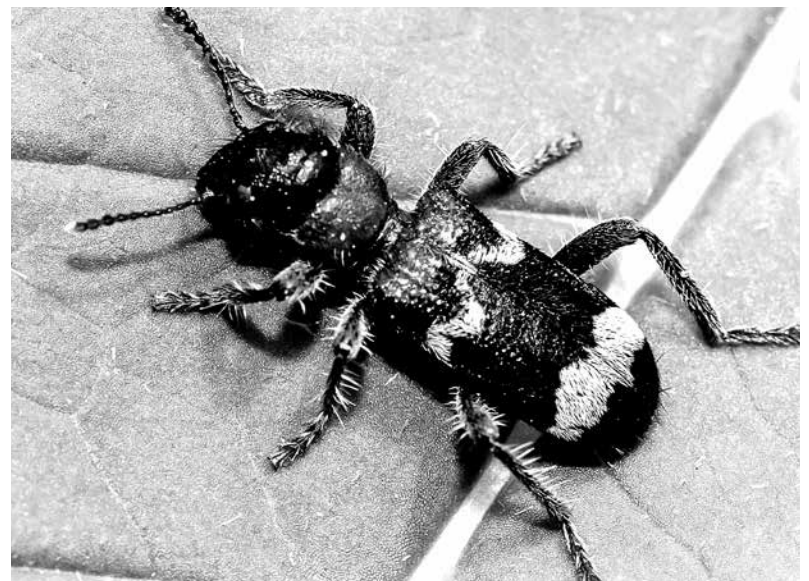
Mittlerweile haben auch die Medien und die Politik das Thema aufgegriffen, kaum ein Tag vergeht, ohne dass berichtet wird. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat für Ende August zu einem Verbändegespräch und für Ende September zum Nationalen Waldgipfel geladen. Auf diesem Gipfel „der Ergebnisse und Taten“ sollen Maßnahmen für den Waldumbau, für die Räumung der Wälder von Kalamitätsholz und für die Wiederaufforstung beschlossen werden. Im Raum steht eine Milliarde Euro zur Rettung des Waldes. Vor allem die Wiederaufforstung ist in den Zeiten des Klimawandels für die Politik zentral, bindet doch jeder wachsende Baum CO<sub>2</sub> und sorgt somit als Klimasenke dafür, dass Deutschland gegebenenfalls seine CO<sub>2</sub>-Ziele erreicht. In diesem Sinn ist auch der Vorschlag Schleswig-Holsteins zu verstehen, am 3. Oktober durch jede/n Bundesbürger\*in einen Baum pflanzen zu lassen. 82 Millionen Bäume wären nicht schlecht, aber die CO<sub>2</sub> Bindung ist doch in den ersten Jahren ver-

nachlässigbar – und wenn es nicht regnet, wird der Großteil der Bäume erst gar nicht anwachsen.

Auch in NRW lässt sich die Landesregierung mit dem Waldbesitzerverband in käfergeschädigten Fichtenforsten ablichten, verspricht Millionen Euro an Hilfe für die Waldbesitzenden und Ministerpräsident Laschet bezeichnet den Wald als „unseren wichtigsten Klimaschützer“. Aber gleichzeitig ändert diese Landesregierung den Landesentwicklungsplan und baut dort eine Totalbremse für Windkraft ein, schafft Möglichkeiten für erhöhten Flächenverbrauch, will den Kiesabbau und somit das Abbaggern von Landschaft steigern, steht beim Kohleausstieg auf der Bremse, etc., etc. Seitens der Parteien und Verbände gibt es wöchentlich Verlautbarungen zum Thema, nach jahrelangem Schweigen im Walde. Die SPD forderte eine Holzbaufensive und einen Teil der GAP-Gelder in den Wald umzulenken und dies im Rahmen der derzeit laufenden GAP-Verhandlungen direkt anzupacken. Landesforstanstalten überlegen, ob die Bundeswehr im Inneren eingesetzt werden könnte, um die Schäden im Wald zu beseitigen. Der Bund Deutscher Forstleute ruft den Klimanotstand für den Wald aus und fordert 1.000 neue Forstleute allein für NRW. Naturschutzverbände sprechen vom Waldsterben 2.0 und fordern, nur Waldbesitzer\*innen zu unterstützen, die ihre Wälder zu naturnahen Laubholzschwäldern umbauen wollen. Die FDP will alles dem freien Spiel des Marktes überlassen, die Grünen fordern den ökologischen Waldumbau und mehr Naturschutzflächen im Wald.

## Grundlegender Umbau

Beruhigend ist, dass sich auch kritische Wald- und Forstexpert\*innen zu Wort gemeldet haben. In einem Schreiben an Julia Klöckner weisen sie darauf hin, dass zum einen die Waldpolitik, zum anderen das Handeln vieler Waldbesitzer\*innen der vergangenen Jahrzehnte auch ihren Teil dazu beigetragen haben, dass die monokulturellen Forste instabil sind, schnell austrocknen, und den klimatischen Veränderungen wenig entgegenzusetzen haben. Auch machen sie deutlich, dass schnelles Wiederaufforsten, gegebenenfalls auch mit nicht heimischen Baumarten (von denen sie prinzipiell wenig bis nichts halten), nichts bringt, wenn sich die Wasserspeicher des Bodens vorab nicht wieder gefüllt haben. Und dafür ist es auch notwendig, Totholz auf den Flächen zu lassen, eine eigenständige Sukzession zuzulassen, die das Bodenmikroklima verbessert und der kommenden Waldgeneration eine



Der Ameisenbuntkäfer, wichtigster Gegenspieler des Borkenkäfers Foto: Eberl/pixelio

Chance gibt. Der Wald dürfe nicht mehr als „Holzfabrik“ gesehen werden, sondern es müsse ein „Management“ geben, das „den Wald als Ökosystem behandelt“. Noch wichtiger ist ihnen aber, dass nun konsequent der Klimawandel angegangen wird. Und wie sieht es an der (wald)bäuerlichen Basis aus? Frustriert sind die meisten, die Wald haben. Viele versuchen, die geschädigten Bäume aus dem Wald zu entfernen, kommen aber nicht hinterher – und zusätzlich dauert der Abtransport lange und das wenige Geld lässt z. T. auf sich warten. Ratlosigkeit macht sich breit – und hinzu kommen hier in NRW noch die Umstellung der Holzvermarktung zum 1. Juli 2019 und die anstehenden Veränderungen in der Förderpraxis der forstlichen Unterstützung, von einer indirekten zu einer direkten Förderung. Auch das ist zäh, mit viel Arbeit, Kosten und Mühen verbunden und tritt mehr oder weniger auf der Stelle.

## Wald extensivieren

Wichtig für die zukünftige Waldbewirtschaftung und auch für den Erhalt der Forstbetriebe sind kurzfristig zweierlei. Es müssen den privaten und auch den kommunalen Waldbesitzer\*innen Anreize gegeben werden, Holznutzung zu reduzieren, Vorräte zu erhöhen und sie müssen für die Gemeinwohlfunktionen des Waldes honoriert werden. Denn die Quadratur des Kreises, alle Funktionen des Waldes über den Holzverkauf zu finanzieren, ist nicht möglich. Und zweitens müssen die überhöhten Wildbestände angegangen werden. Hier sind auch explizit die Waldbesitzer\*innen aufgefordert, den Konflikt mit den Jagdpächtern und der besitzstandswahrenden Politik zu führen. Auch wenn dadurch die Arbeitsbelastung weiter steigt. Und dann vielleicht einfach mal abwarten: nicht oder nur wenig anpflanzen, abgestorbenes Holz auf der Fläche lassen ... und Fridays for Future unterstützen.

Gregor Kaiser,  
AbL-NRW

## Agrarökologie, was ist das?

Seit einiger Zeit taucht der Begriff „Agrarökologie“ in immer mehr Publikationen und Veranstaltungen auf. Was steckt dahinter? Ist es einfach Ökolandbau oder mehr? Die Agrar Koordination widmet diesem Thema eine neue Posterausstellung, die ab jetzt verliehen wird. Drei Stoffposter im Format A0 können leicht aufgehängt werden und die Grundlage zu Diskussionen und Information sein. Sie werden mit der Post versandt und sollten an einem trockenen Ort hängen. Geeignet für Schulen, Gemeinden, Läden usw. Die Verleihgebühr beträgt 50 Euro pro Woche plus Porto. Eine begleitende Broschüre kann dazu bestellt werden und ergänzende Vorträge unserer Referenten werden angeboten. Alle Poster können auf der Internetseite [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de) angesehen werden. Dort finden sich unter der Rubrik Projekte auch Ausstellungen zum Thema Fleischkonsum und Futtermittelimporte, Klimawandel und moderne Landwirtschaft. Bei Interesse bitte melden bei [info@agrarkoordination.de](mailto:info@agrarkoordination.de)

# CRISPR für mittelständische Züchter?

Mit Patentfamilien und -pools haben sich die Konzerne ihre Marktmacht bereits gesichert

## Freisetzung von GV-Mücken

In Burkina Faso wurden Anfang Juli „männlich-sterile“, gentechnisch veränderte (GV-)Mücken freigesetzt. Das „Target Malaria“-Forschungskonsortium führt diese Freisetzung im Dorf Baba durch. Ziel sei es, die Population der Anopheles-Mücken zu reduzieren, die die Infektionskrankheit Malaria übertragen. Target Malaria wird u. a. von der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert. Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft aus Afrika und der ganzen Welt verurteilen die Freisetzung. Laut Deklaration von Helsinki des Weltärztebundes gibt es keine ethische Rechtfertigung für solche Freisetzungen, wenn die Risiken und Belastungen für die Probanden überwiegen. Die Freisetzung der GV-Mücken in Burkina Faso birgt hohe Risiken, weil auch weibliche GV-Mücken ausgesetzt werden, die beißen und Krankheitsüberträger sind. Zudem muss laut der Helsinki-Erklärung die lokale Bevölkerung angemessen über die Risiken und den voraussichtlichen Nutzen der Studie informiert werden. Es wurde aber weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung veröffentlicht, noch gab es eine echte öffentliche Konsultation. av

In der Diskussion um die neuen Gentechnikverfahren wird immer wieder das Argument vorgebracht, dass die neuen Technologien billiger seien als die bisherige Gentechnik und daher auch von kleineren Unternehmen eingesetzt werden könnten. Dabei wird übersehen, dass Verfahren wie CRISPR ebenso patentiert werden wie die damit manipulierten Pflanzen. Einfach so mit CRISPR arbeiten funktioniert also nicht. Jedes Unternehmen, ob klein oder groß, das die Technologie nutzen will, muss zuerst mit dem bzw. den PatentinhaberInnen verhandeln und Li-

zenzen zahlen. Doch wie viele Patente gibt es im Bereich CRISPR/Cas?

In einem jüngst in der Zeitschrift Nature Biotechnology veröffentlichten Artikel, in dem die Ergebnisse einer umfangreichen Recherche präsentiert werden, geben die AutorInnen die Zahl von 2.072 Patentfamilien an (diese umfasst sowohl erteilte als auch angemeldete Patente in den Bereichen Technologie, Human-, Tier- und Pflanzenanwendungen). Eine beeindruckende Zahl, vor allem, wenn man bedenkt, dass einzelne Patentfamilien mehrere Patente mit ähnlichen, aber nicht

und Technologievorstand bei Corteva, von grundlegender Bedeutung, sicherzustellen, dass CRISPR/Cas-9 für die Landwirtschaft breit verfügbar ist. Mit dem Patentpool werde es möglich, dass CRISPR weltweit und breit, zum Wohl der Allgemeinheit, eingesetzt werden könne. Ist das so? Um CRISPR/Cas-9 in der Pflanzenzucht nutzen zu können, müssen Unternehmen praktisch zu allen im Pool versammelten Patenten Zugang haben. Damit aber erhält DowDuPont eine enorme Marktmacht und wird quasi zum „Türwächter“. Das Unternehmen kann den Pool nutzen, um Wettbewerber zu kontrollieren und die eigene marktbeherrschende Stellung abzusichern. Auch wenn es in Zukunft für Konzerne wie Bayer nach wie vor möglich sein wird, eigene, direkte Verträge abzuschließen, kommt das für kleinere Züchtungsunternehmen wohl kaum in Frage. Allein die hohe Anzahl von relevanten Grundlagenpatenten zeigt, dass die mittelständischen Züchter bereits in diesem frühen Stadium der Technologieentwicklung weitgehend abgehängt sind. Oder sie werden in neue Abhängigkeiten von übermächtigen Konkurrenten kommen.

*Eva Gelinsky, Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit*

*Die Hinweise zu Corteva sind aus: Then, C.: Neue Gentechnikverfahren und Pflanzenzucht. Patent-Kartell für große Konzerne. In: Forum Umwelt und Entwicklung, Rundbrief 2/2019, 10-11.*



Wichtig, nicht nur den Durchblick auf das Europäische Patentamt zu behalten Foto: Dirscherl/pixelio

## Was ist ein Patentpool?

In einem Patentpool werden zentrale Patente verschiedener Erfinder zusammengefasst und von einer (oder mehreren) Institution(en) verwaltet. Unternehmen, die eine Technologie nutzen wollen, müssen damit nicht mehr mit verschiedenen Patentinhabern, sondern nur noch mit dem Poolverwalter über Lizenzen verhandeln. Dies soll die Nutzung neuer Technologien (Innovationen) befördern und Kosten reduzieren, die sonst z. B. für das Monitoring einer komplizierten Patent„landschaft“ aufgewendet werden müssen. Patentpools können aber auch zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Es besteht z. B. die Gefahr, dass die im Pool vorhandenen Unternehmen die Preise regulieren und andere Unternehmen bewusst vom Beitritt ausschließen.

zwingend identischen Ansprüchen umfassen können. Während in der öffentlichen Diskussion CRISPR noch immer als „demokratische“ Technologie angepriesen wird, die jeder nutzen könne, haben die Großen ihr Terrain längst abgesteckt. Zunächst haben die ErfinderInnen der CRISPR-Technologie Hunderte Patente angemeldet, die teilweise auch schon erteilt wurden. Dann stiegen Konzerne wie Bayer (Monsanto) und DowDuPont (Corteva) ein, um mit den ErfinderInnen teilweise exklusive Lizenzverträge abzuschließen. Besonders erfolgreich war DowDuPont. Dem Unternehmen ist es, zusammen mit dem Broad Institute, gelungen, 48 Grundlagenpatente verschiedener Institutionen in einem Patentpool zu vereinen. Es sei, so Neal Gutterson, Vizepräsident

## Was ist eine Patentfamilie?

Regelmäßig wird eine Erfindung in vielen Ländern der Welt zum Patent angemeldet. Dies führt meistens zu mehreren Patenten bzw. Patentanmeldungen. Häufig wird so vorgegangen, dass zunächst im Heimatland des Erfinders angemeldet wird („Erstanmeldung“) und nach einer gewissen Zeit in weiteren Ländern („Nachanmeldungen“). Eine Gruppe von Patentdokumenten, die sich auf die gleichen Prioritätsunterlagen (Unterlagen der Erstanmeldung) beziehen, wird als Patentfamilie bezeichnet. Kleine Familien haben zwei oder drei „Mitglieder“. Es gibt aber auch große Patentfamilien, mit Dutzenden und teils sogar über hundert „Familienmitgliedern“. Selbst das Europäische Patentamt gibt zu bedenken, dass sich komplexe Strukturen ergeben können, wenn Patentanmeldungen in verschiedenen Ländern eingereicht werden. Denn dabei kann es vorkommen, dass jeweils unterschiedliche Patentansprüche akzeptiert oder abgelehnt werden. Dies führt zu Patenten mit unterschiedlichem Schutzbereich und macht das Ganze extrem undurchsichtig.

## Keine Pflicht für Ohrmarken

Rinderkennzeichnung hat mal wieder tödliche Folgen.

**E**nde Juli berichteten die Zeitungen bundesweit von zwei Bauern in der Oberpfalz, die durch einen Bullen getötet worden sind (durchgängige Metapher war „wildgewordener Stier“). Den Berichten nach geschah das, als der Bauer einem Kalb auf der Weide die gesetzlich vorgeschriebenen gelben Ohrmarken einknippen wollte. Als der 87-jährige Vater des Angegriffenen zu Hilfe kam, wurde auch er getötet. Ein vermeidbares Drama!

Eine schon länger zurückliegende Abfrage bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ergab nämlich, dass es pro Jahr zwischen 100 und 120 Unfälle im Zusammenhang mit der Kennzeichnung von Rindern gibt. Wie viele Unfälle es tatsächlich sind (trotz des Unfalls wird nicht immer zum Arzt gegangen oder der Hausarzt meldet den Unfall nicht bei der Berufsgenossenschaft), ist unbekannt.

Die Konsequenz sollte endlich sein, die verpflichtende Tierkennzeichnung abzuschaffen. Sie provoziert nicht nur so viele Unfälle – darunter eben auch schwere –, sondern sie ist spätestens seit der Entkoppelung der Direktzahlungen auch ohne jeden Sinn. Eingeführt wurden die gelben Ohrmarken während der BSE-Krise Ende der 90er Jahre (Minister war damals Herr Funke). Sie sollten nachweisen, dass es in Deutschland (im Gegensatz zu Großbritannien) keine an BSE erkrankten Kühe

und Rinder gab. Die erforderliche Bürokratie war noch gar nicht komplett installiert, als es auch in Deutschland zu BSE-Fällen kam. Deren Verbreitung hatte eben nichts mit nationalen Grenzen zu tun, sondern mit der Verbreitung einer bestimmten Kälbermilch durch den Agrarhandel (ein sogenannter „Null-Austauscher“, bei dem das Fett aus der Tierkörperbeseitigungsanstalt stammte). Trotzdem mussten sich die Tierhalter weiter der Kennzeichnungspflicht unterwerfen, weil die Registrierung der Tiere als Grundlage für die tierbezogenen Direktzahlungen umgenutzt wurde. Diese Form der Direktzahlungen wurde aber mit der Entkoppelung 2005 ersatzlos gestrichen. Trotzdem wurde die Verpflichtung zur Tierkennzeichnung aber beibehalten, weil es sich als williges Kontrollinstrument bei den stichprobenartigen Betriebskontrollen erwies.

Die Tierkennzeichnung ist nicht nur für die vielen Unfälle, sondern sie ist auch für mehr als jeden zweiten „Verstoß“ bei der Betriebskontrolle verantwortlich. Das entsprechende Gesetz, das so viele Unfälle zur Folge hat und Tierhalter trotz sorgfältiger Wirtschaftsweise immer wieder in Konflikt mit der Direktzahlungsverordnung bringt, gehört ersatzlos abgeschafft.

*Onno Poppinga,  
ehem. Professor.*

*Matthias Stührwoldt erzählt:*

## Zurück im Moor

**A**nfang der siebziger Jahre beendete das Gut Depenau die eigene Rinderhaltung. Das absolute Grünland im Depenauer Moor wurde daraufhin an die seinerzeit noch diversen Bauern in Stolpe verpachtet. Meine Eltern übernahmen damals achtzehn Hektar im Moor und nutzten bis 1976 im Sommer den festen Weidemelkstand des Gutes. Einen Gutteil meiner Kindheit verbrachte ich im Depenauer Moor; während meine Eltern mit Melken beschäftigt waren, streifte ich durch die Landschaft, immer in Pfißweite meines Vaters. Als ich 1998 den Hof übernahm, trat ich in den Pachtvertrag ein. Zu dieser Zeit bereiteten wir auf den trockenen Flächen Winterfutter fürs Vieh; auf den feuchteren Koppeln weideten sommertags Jungtiere und Trockensteher. Nie hatte ich mir vorstellen können, dass sich das ändern könnte. Aber dann wurde das Gut Depenau verkauft, und der neue Eigentümer – Typ: ungeliebtes Kind superreicher Eltern, früh ins Elite-Internat abgeschoben, London School of Economics, beigefarbene Cordhose, dunkelgrüne Barbourjacke und eine Tweed-Mütze obendrauf, ich halt es nicht aus! – kündigte mir zum Ende 2016 die Pacht, denn er wollte statt 150 bis 180 Euro nun 430 Euro je Hektar von mir haben. Erst hielt ich das für einen Scherz, aber bei einem Ortstermin auf der Weide brüllte er mich an, dass es nun vorbei sei damit, dass ich von seinem Geld leben würde. Als ich dort stand, begriff ich: Es gibt normale arme Säue, wie wir alle welche sind, und es gibt stinkreiche arme Säue, am Ende aber sind wir alle arme Säue. Wie dem auch sei: Wir wurden uns nicht einig. Im November 2016 holte ich zum letzten Mal meine Tiere aus Depenau ab, und es war ein Gefühl, als verlasse ich meine Heimat. Mitten im Depenauer Moor aber gibt es eine Fläche, fünf Hektar groß, die bei der Flurbereinigung in den sechziger Jahren irgendwie vergessen wurde. Vollständig umschlossen von Depenauer Land blieb sie im Eigentum einer Stolper Bauernfamilie, bis sie in den neunziger Jahren von einer Naturschutzstiftung erworben wurde. Wegen eines fehlenden Beweidungskonzeptes lag die Fläche 25 Jahre lang brach; erstaunlicherweise stellte sich aber keine Verbuschung ein. Im letzten Jahr fragte ich bei der Stiftung nach, was sie mit der Fläche vorhätten. Wir trafen uns vor Ort, verhandelten, entwickelten mit Ornithologen ein wiesenvogelfreundliches Beweidungskonzept und stellten bei der Naturschutzbehörde einen Antrag auf Wiederbewirtschaftung, der bewilligt wurde. In den letzten Wochen erstellten meine Mitarbeiter und ich einen komplett neuen Weidezaun; durch treckerhohes Schilfgras und brusthohe Brennnesseln fahrend und laufend stellten sich dabei seltsame Pioniergefühle ein: Wir machten Land urbar!

Vor wenigen Tagen war es soweit: Mein Sohn Peer und ich brachten sieben Jungtiere und eine trockene Kuh ins Moor. Nach ein wenig Herumtoberei fingen sie an zu fressen, nicht etwa mit dem Kopf nach unten, nein, mit Kennermiene zupften sie mit nach oben gereckten Hälsen die offensichtlich besonders schmackhaften Rispen des Schilfgrases ab. Wir standen dabei und guckten ihnen zu. Mir lief das Herz über vor Freude. Endlich sind wieder Rinder im Moor! Nebenbei gesagt: Für die Flächen rundherum fand der Gutsherr keinen neuen Pächter; niemand war bereit, auf seine Preisvorstellungen einzugehen. Nun wird das trockenere Land für Pferdeheue gemäht, das nassere gemulcht, sofern man fahren kann. Die Zäune fallen in sich zusammen, aber die Prämie bleibt beim Gut. Es ist traurig, aber es ist so gewollt – die Prämie vor allem, die war ihm wichtig. Bei unserer ersten Begegnung sagte er: Die Prämie kriegen Sie ja sowieso, die können Sie dann ja eigentlich gleich an mich weiterreichen. Das war fast lustig, aber der meinte das ernst. Nebenan aber, mittendrin im Moor, weiden wieder Tiere von mir. Es ist ein tolles Gefühl. Ich zahle weit unter 100 Euro Pacht je Hektar und die Prämien gehen natürlich an mich. Kann es kaum erwarten, das dem Gutsherrn zu erzählen, wenn ich ihn vielleicht mal treffe, auf dem Weg ins Moor. Aber eigentlich sieht man den nie...



Frisch, frech fröhlich frei, ganz ohne Marken

Foto: Redaktion

# Bäuerliche Gülle-Lösung

Messgerät zur präzisen Emissionsmessung von Ammoniak bei Gülleproben vorgestellt

Im Rahmen der Düngeverordnung gilt die Verpflichtung zur bodennahen Gülleausbringung bereits ab 2020 für Acker, ab 2025 für Grünland. Es häufen sich kritische Stimmen aus der Praxis, die vor den negativen Folgen von Schleppschlauch, Schleppschuh und Schlitzverfahren warnen (Lachgasemission, Bodenverdichtung, Nitrat, Futterverschmutzung usw.). Und nicht zuletzt sind da die hohen Kosten, die zu einer

Beschleunigung des Strukturwandels führen dürften. Deshalb möchte die AbL Bayern zusammen mit der IG gesunde Gülle erreichen, dass entsprechend § 6 Abs. 3 der DüV andere emissionsmindernde Verfahren wie die Gülleaufbereitung mit Leonardit, Gesteismehlen etc., die mess- und belegbar die Reduktion bereits im Stall und Lager nachweisen, zugelassen werden. Zumal eine Reihe von Studien zeigt, dass die

bodennahe Gülleausbringung die Ammoniakemissionen bei weitem nicht im nötigen Umfang verringert, um damit die Vorgaben der NEC-Richtlinie erreichen zu können. Nach einer früheren KTBL-Studie erreicht der Schleppschuh bei 5 cm Grasbestand auf Grünland mit knapp 5 % NH<sub>3</sub>-Emissionsreduktion fast die gleichen Werte wie der Breitverteiler.

## Ein roter Koffer

Um gerade auch der bäuerlichen Landwirtschaft eine Zukunftsperspektive durch alternative Verfahren zu ermöglichen, hat sich die AbL Bayern am Kauf eines Ammoniakmessgerätes durch die IG sehr stark beteiligt. Jens Keim als Sprecher der IG gesunde Gülle hat das Gerät auf seinem Hof in Feuchtwangen der interessierten Fachöffentlichkeit vorgestellt. Dabei wird die Ammoniakemission einer Gülleprobe gemessen und nicht mehr wie bisher üblich aus dem Ammoniumwert abgeleitet. Die Livemessung unterschiedlicher Güllen zeigte das Reduktionspotential: Behandelte Güllen sind um weit über 50 % emissionsreduziert. Mit einer solchen Messung kann die Emissionsminderung bereits VOR der Ausbringung protokolliert und nachge-

wiesen werden. Bei gleichwertiger oder besserer Emissionsreduktion würde der § 6 Abs. 3 der DÜV greifen. Jens Keim und die AbL Bayern bedauerten, dass die maßgeblichen Behörden sehr kurzfristig absagen mussten. Nötig sind klare Antworten auf die Frage, ob einzelne Landwirte für ein durch protokollierte Messergebnisse nachweislich wirksames Verfahren zur Senkung der Ammoniakemissionen mit der baldigen Anerkennung nach DÜV § 6 Abs. 3 rechnen können oder welche anderen praxistauglichen und vor allem zeitnahen Verfahren geplant sind. Auch in anderen Bundesländern wäre eine konkrete Klärung dieser Fragen sinnvoll! Die Arbeit der IG gesunde Gülle zeigt, dass Bauern fachkundig an Lösungen mitarbeiten und entsprechend von Politik und Wissenschaft ernst genommen werden sollten. Bäuerinnen und Bauern dürfen durch politische Fehlentscheidungen nicht zu den Sündenböcken der Gesellschaft gemacht werden.

Andrea Eiter,

Geschäftsführung AbL Bayern

Weitere Infos: Bauernstimme April 19, [www.ig-gesunde-gülle.de](http://www.ig-gesunde-gülle.de), [abl-bayern@web.de](mailto:abl-bayern@web.de)



Das ist hier nur die technische Lösung

Foto: Joskin

# Güllebehandlung als Alternativverfahren anerkennen

Einzelne Bundesländer erstellen oder unterstützen Versuchsanstellungen

Im Vorfeld der Frühjahrs-AMK legte die AbL den Länderagrarrministern einige Fragen zur Problematik der Futterverschmutzung bei der bodennahen Gülleausbringung auf Grünland sowie zur Möglichkeit der Anwendung des § 6, Abs. 3 der Düngeverordnung vor. Dieser Passus ermöglicht den Ländern, Ausnahmen von der vorgeschriebenen Ausbringungstechnik zuzulassen, „so weit diese anderen Verfahren zu vergleichbar geringen Ammoniakemissionen“ führen. Für die sieben Ministerien, die geantwortet haben (Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern), ist die im Gesetz vorgesehene Technik die Methode der Wahl, um die Ammoniakemissionen zu reduzieren. Dabei wurde angemerkt, dass über die DüV hinausgehende Maßnahmen wie z. B. bauliche oder

anlagentechnische Veränderungen bzw. Verbesserungen nötig sein werden, um eine ausreichende Reduktion zu erreichen. Wenn in den Antworten auf die Problematik dieser Technik eingegangen wird, dann mit dem Hinweis, dass bei ordnungsgemäßer Anwendung und Einhaltung der guten fachlichen Praxis keine negativen Auswirkungen zu erwarten seien.

## Einzelne Länder

Die Länder haben sich darauf geeinigt, als „andere Verfahren“ auch Güllebehandlungsverfahren gelten zu lassen. Allerdings müssen noch Regelungen erarbeitet werden, wie die Genehmigungsverfahren ablaufen sollen. Voraussetzung für eine Anerkennung sind auf jeden Fall belastbare Versuchsergebnisse. Konkret geht es in Niedersachsen in einem länderübergreifen-

den Versuchsprojekt um die Ansäuerung und im „Praktikernetzwerk Wirtschaftsdünger“ um die Separation von Gülle. In Hessen wird ein von einem Praktiker entwickeltes Verfahren in Zusammenarbeit mit der Uni Gießen wissenschaftlich untersucht. Bayern kündigte an, in Forschungsvorhaben die Praxistauglichkeit der verschiedenen Ausbringungstechniken unter „bayerischen Bedingungen“ und „erfolgsversprechende“ Güllezusatzstoffe genauer unter die Lupe zu nehmen. Nach Laborversuchen wird die Ansäuerung mit Schwefelsäure als das erfolgsversprechendste Verfahren angesehen, wobei diese Methode nicht durch Praxistauglichkeit hervorsteicht. Die zu den Technikversuchen eingesetzte Praktikerbegleitgruppe kritisiert den mangelnden Praxisbezug.

In Baden-Württemberg sollen bis auf

weiteres keine Untersuchungen zum Thema Güllebehandlung gemacht werden, da man mit der Prüfung verschiedener Zusatzstoffe keine erfolgsversprechenden Ergebnisse erzielt habe. Man werde sich aber an der Landesuntersuchungsanstalt in Aulendorf weiter mit der Thematik befassen. Diese Aussage bekräftigte der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums vor kurzem bei einer Podiumsdiskussion der „Initiative für sinnvolle Güllewirtschaft“, einem Zusammenschluss kritischer Landwirte im württembergischen Allgäu. Das überrascht insofern, als genau diese Untersuchungsanstalt im Herbst 2018 Fragebögen zum Thema Güllebehandlung verteilt hat, mit dem Ziel, verschiedene Verfahren wissenschaftlich zu untersuchen.

Elisabeth Waizenegger,

AbL-Bundesvorstand

# Kreuz ohne Haken

Rechte Strukturen auf dem Land sichtbar machen

Sie sind nicht neu in den Dörfern in der Lüneburger Heide: Familien, die oft auf landwirtschaftlichen Gehöften in traditioneller Rollenverteilung landwirtschaftlichen oder handwerklichen Tätigkeiten nachgehen und ihren Öko-Selbstversorgergarten pflegen. Sie tragen Lederhosen und lange Röcke und haben oft viele Kinder, die sie in Waldorf-, Wald- oder Naturkindergärten und -schulen schicken. Oft engagieren sie sich dort auch als Elternvertreter. Ihre Kinder tragen Namen wie Wolfhard oder Birkhild, die passen zum naturfarbenen Wollhemdchen, aber eben auch zur völkischen Ideologie. Diese geht von der Überlegenheit der weißen Rasse aus, die als arische Volksgemeinschaft rein erhalten werden muss. Begriffe wie Kultur und Identität werden besetzt und mit Brauchtumsfeiern wie Fackelzügen oder Sonnenwendfeuern gefüllt – auf den oft abgelegenen Höfen geschah und geschieht dies oft unbenutzt. Liedgut wie die erste Strophe des Deutschlandliedes, das nationalsozialistische Horst-Wessel-Lied oder Lieder aus dem Repertoire der Hitlerjugend verhalten dort oft ungehört.

## Zusammenhänge

Zu diesen völkischen Siedlern recherchieren und schreiben die beiden Journalisten Andrea Röpke und Andreas Speit schon lange. Nun haben sie gemeinsam ein Buch veröffentlicht: „Völkische Landnahme – Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos“ und unter anderem auch in Ebstorf, einem kleinen Ort zwischen Lüneburg und Uelzen in der Lüneburger Heide, vorgestellt. Eingeladen hatte sie die Bürgergruppe „Beherzt“, die sich im vergangenen Jahr

gegründet hatte, nachdem mehrere Immobilien in den Dörfern der Gegend an entsprechendes Klientel verkauft worden waren. Die Betroffenheit über die den meisten Dorfbewohnern unheimlichen Zuwächse der meist ihnen schon lange bekannten „rechten“ Familien im Dorf, entstand, als klar wurde, dass, sobald passende Objekte im Dorf verkauft werden sollen, völkische Interessenten auf der Matte stehen. Es scheint, als werde das, was immer schon im Privaten da war – nur selten tragen die oft gut in den dörflichen Strukturen verankerten Rechten ihre politischen Ansichten nach außen – offensiver gelebt. So, als würde die Verschiebung des allgemeinen gesellschaftlichen Diskurses nach rechts durch die Etablierung neuer Parteien und Bewegungen in der Öffentlichkeit auch den völkischen Siedlern auf dem Land die Flügel bauschen. Zusammenhänge stellen Röpke und Speit in ihrem Buch dar: Volkstänzer und Volkstänzerinnen von den Höfen der Lüneburger Heide treten bei einer Aktion der Identitären Bewegung auf den Hamburger Landungsbrücken auf. Das Fazit des als identitäre Kulturaktion betitelten Auftritts der mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung in ihrem Blog lautet: „Die Bedrohung durch das Fremde erzeugt die Rückbesinnung auf das Eigene.“

## Zusammen am Feuer

Gast auf der Sonnenwendfeier eines der langjährigen Höfe in der Heide war der Spitzenkandidat der AfD in Brandenburg, Andreas Kalbitz, er zählt zum rechtsnationalen „Flügel“ der AfD wie

auch Thüringens Landeschef Björn Höcke. Dieser war 2018 offiziell eingeladen bei Jürgen Lindhorst im niedersächsischen Winsen an der Aller, seines Zeichens Chef der familieneigenen Unternehmensgruppe, die nach eigenen Angaben neben den Geschäftsfeldern Immobilien und Seniorenpflege auch auf 20.000 Hektar Landwirtschaft und Biogasanlagen betreibt. Auf dem Weg zu seinem Anwesen ließ Lindhorst einen Stein mit eingemeißelter „Wolfsangel“ aufstellen, ein häufig von Neonazis genutztes Wehrmachtssymbol. Zwar distanzierte sich Lindhorst, darauf angesprochen, vom Rechtsradikalismus, der Stein liegt dort immer noch – an der Straße zur Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Auf dem Heidehof, den AfD-Mann Kalbitz besuchte, liegt übrigens auch so ein Stein mit Wolfsangel. „Man hat den Eindruck, es sitzen alle zusammen am Lagerfeuer“, beschreibt Journalist Speit die Vernetzungen, die ihm und seiner Kollegin Röpke immer wieder begegnen.

## Etwas entgegensetzen

Viele der mit 250 Besuchern völlig überfüllten Kulturbühne in Ebstorf wirken betroffen, auch weil sie die Nachbarn plötzlich in einem anderen Licht sehen. „An dem Thema können Dorfgemeinschaften zerbrechen“, so Röpke auf die Frage, wie denn nun umzugehen sei mit jenen Menschen, die selten öffentlich machen, dass sie antipazifistisch und antichristlich sind. Kinder wachsen dort streng auf, eingebunden in Jugendorganisationen (die zum Teil verboten sind), denen sie sich,



Zu beziehen im ABL-Verlag  
ISBN: 978-3-861539865; 18 €

selbst wenn sie wollten, nur schwer entziehen können. Es sei wichtig, diese Kinder im Kindergarten aufzunehmen, so Speit, um ihnen zu zeigen, dass es noch andere Lebenswelten gäbe. Gleichzeitig häufen sich die Geschichten von Waldorfschulen, mit mehr oder weniger offen agierenden rechtsradikalen Schülern. Röpke sagt zu der Frage, wie man Immobilienkäufe in der Nachbarschaft verhindern könne: „Irgendwo müssen sie ja wohnen.“ Viel entscheidender sei, nicht zuzulassen, dass ihr rechtes Gedankengut von Rassen und Menschen, die per se besser seien als andere, seinen Weg in gesellschaftliche Kreise findet, salonfähig wird und Hass sät. „Wir müssen Stellung beziehen“, sagt auch der zukünftige Samtgemeindebürgermeister Martin Feller in seinen Grußworten. Martin Rabe, Sprecher der Gruppe „Beherzt“ unterstreicht: Man sehe eine nationalistische Gesinnung, „die wir schon überwunden geglaubt hatten“. Umso wichtiger sei es, den Gegenentwurf sichtbar zu machen: Die Gruppe hat Holzkreuze für Vorgärten gebaut, auf denen steht: „Kreuz ohne Haken – für kulturelle Vielfalt.“

## Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro  2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

### Das wahre Landleben!

#### Bücher:

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

#### CD:

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker Bodenpolitik in Ostdeutschland
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen & Veranstaltungen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de), Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Oktober ist der 20. September 2019.** Chiffrezuschriften: ABL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

### Hof und Arbeit

**Biolandhof** sucht selbständig arbeitenden landwirtschaftlichen Mitarbeiter, Schwerpunkt Schafzucht, zu September/Oktober 2019 (ggf. auch später). Pkw und Traktorführerschein sind Voraussetzung. Langfristige Festinstellung wäre mein Wunsch. Kontaktdaten: Jo Jung, Biolandhof am Hasselbach, Wiesenstr. 6, 64853 Oetzberg, ☎: 0173/3410958

Wir suchen für unsere Nichtraucher WG auf einem ehem. Bauernhof in 94545 Hohenau/Niederbayern ca. ab Sommer 2020 noch Mitbewohner, die mit Garten- und Kleintierhaltung vertraut bleiben möchten. Es sind 3-4 Wohneinheiten frei, ein jedes mit eigener Küche und Bad, für Paare oder Alleinstehende. In der Gemeinschaftsküche und Gemeinschaftsräumen kann zusammen gekocht und gelebt werden. Kontakt: Bluna56@web.de oder ☎: 0160 52 44 950. [www.garten-statt-altersheim.de](http://www.garten-statt-altersheim.de)



### Bitte vormerken! Bundesmitgliederversammlung 2019

**Öffentlicher Bauerntag und Mitgliederversammlung** der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. am 29. November – 1. Dezember 2019 in der Europäischen Jugendbegegnungsstätte in Weimar, Jenaer Straße 2/4, 99425 Weimar  
**Interessante Begegnungen und spannende Diskussionen um aktuelle Themen. Programm und Anmeldungen in der Oktober-Ausgabe der Bauernstimme.**



### Basis-Kurs Solidarische Landwirtschaft 20.-22. September 2019 Hof Tangsehl im Wendland

Der Kurs richtet sich an interessierte Einsteiger (Erzeuger und Verbraucher) sowie Netzwerker und Menschen, die sich in ihrem beruflichen Kontext fortbilden wollen. Wir bieten eine fundierte Einführung in die Wirtschaftsform Solawi und gehen ganz praktisch an Planung und Aufbau eines Solidarhofes heran. Dabei beschäftigen wir uns mit den wichtigsten Prozessen und Faktoren.

Ort: Hof Tangsehl, Tangsehl 2, 21369 Nahrendorf

Anmeldung und Information:  
[www.solidarische-landwirtschaft.org/beratung/fortbildungen/](http://www.solidarische-landwirtschaft.org/beratung/fortbildungen/)

### Farming for Future

#### Landwirtschaft und Klimawandel

Die diesjährige **Öko-Junglandwirte-Tagung** findet vom 8. - 10. Nov. in Fulda statt. Die Anmeldung ist ab dem 09.09.2019 online.

Welche Anforderungen stellt ein sich wandelndes Klima an die Landwirtschaft? Und wozu sind wir als Beteiligte aufgefordert? Freu dich auf muntere Diskussionen und regen Austausch mit anderen Jung-LandwirtInnen und Interessierten!

Anmeldung & Infos: [www.oeko-junglandwirte-netzwerk.de](http://www.oeko-junglandwirte-netzwerk.de)



14. Öko  
Junglandwirte  
Tagung

### Bäuerlicher Nachrichtenbrief...

...der wöchentliche kostenlose Newsletter

Am besten gleich registrieren:

[www.bauernstimme.de/bauernstimme/nachrichten](http://www.bauernstimme.de/bauernstimme/nachrichten)



### Unser Saatgut

06.09.2019, 20.00 Uhr, Gütersloh  
Kinofilm „Unser Saatgut: Wir ernten, was wir säen“ mit anschließender Diskussion mit der AbL NRW.

Ort: Werkstatt für Kultur e.V., Bogenstr. 3, 33330 Gütersloh

### Low Stress Stockmanship

10.09. - 11.09.2019, Wittstock  
Das Intensivpraxisseminar richtet sich an Landwirte, die den Umgang mit Rindern stressarm und unfallfrei gestalten wollen. An den zwei Seminartagen wird ein vertiefter Einstieg in das Low Stress Stockmanship vermittelt. Ziel des ist der sichere Umgang mit Herdentieren, wie es die Berufsgenossenschaften empfehlen. Teilnahmegebühr 180,00 Euro zzgl. Verpflegung und Unterkunft. Kontakt: Dr. Wilhelm Schäkel, Birkenallee 12, 16909 Wittstock/Dosse, 033923/76950, [www.bio-ranch-zempow.de](http://www.bio-ranch-zempow.de)

### Faire Woche 2019

13.-27.09.2019  
Unter dem Motto „Gleiche Chancen durch Fairen Handel“ machen wir auf über 2000 Veranstaltungen unter anderem darauf aufmerksam, welche Ansätze der Faire Handel verfolgt, um das Menschenrecht der Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.  
[www.faire-woche.de](http://www.faire-woche.de)



### Agrarministerkonferenz /AMK 25. - 27. 09. 2019, Mainz

### SIGÖL Fortbildungskurs

07.11.2019, 9.00 Uhr, Bad Döben  
60. Fortbildungskurs zum Thema: „Boden – Pflanze – Tier – Mensch – Boden“. Referenten: Prof. Dr. Hubert Weiger (Vorsitzender des BUND Deutschland), Bernward Geier (Bio-Aktivist, Journalist, Filmemacher), O. Univ. Prof. i. R. DI Dr. Alfred Haiger (Universität

für Bodenkultur Wien), Prof. Dr. Urs Niggli (Direktor Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL) Schweiz; Prof. Dr. em. Ulrich Köpke (Universität Bonn)

Anmeldung bis 02.11.2019 bei Sächsische Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau e.V., Herr Einsiedel, Hauptstr. 75, 04849 Kossa, Fax: 034243 21491. Ort: HEIDE SPA Hotel & Resort, Bitterfelder Straße 42, 04849 Bad Döben



### Grüner Waldkongress NRW: Wald der Zukunft - Wald der Vielfalt! 02. - 03. Oktober 2019 in Haltern am See

#### Schwerpunktt Themen:

- Wem gehört der Wald? Und was muss/soll/lässt sich ändern? Neue Eigentumsmodelle Genossenschaft 2.0
- Unser Wald - Ökosystem, Erholung, Liebe und die Wirtschaftlichkeit. Waldbewirtschaftung und Ökosystemleistungen
- Hier geht es zum Dauerwald: Klimawandel, Klimaschutz und Waldbau
- Holz aus fernen Ländern/Internationale Waldpolitik und Naturschutz
- Stadtbäume und Stadtklima

u.a. mit Martin Häusling (Grüne), Heidrun Buß-Schöne (WBV), Harald Ebner (Grüne), Jana Ballenthin (Robin Wood), Prof Dr Pierre Ibisch (FH Eberswalde), Britta Linnemann (Dachverband Biologische Stationen)

Infos und Anmeldung unter: <http://landwirtschaft.gruene-nrw-lag.de/2019/06/23/gruener-waldkongress/>

### Regio Challenge - Iss, was um die Ecke wächst! -

09.-15.09.2019 - bundesweite Mitmachaktion

Sei Dabei! Eine Woche lang wollen wir Essen genießen, das vollständig in Fahrradentfernung entstanden ist und ganz ohne den Stress von Weltreisen auf unseren Teller gelangt. [www.regio-challenge.de](http://www.regio-challenge.de)

### ABL Vorankündigung

### Frauen\*-Treffen

02.- 03. November 2019  
in Witzenhausen.  
Weitere Informationen folgen.



... Und Power für  
mehr Bauernstimmenabos!

Geschenkabos und Probeabos an:  
ABL Verlag, Bahnhofstraße 31,  
59065 Hamm, Fax: 02381 492221  
[verlag@bauernstimme.de](http://verlag@bauernstimme.de)

**Wir haben es satt - Demo vor der thüringischen Landtagswahl  
Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft - Du hast die Wahl!**

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Thüringen gehen wir auf die Straße. Wir treten ein für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung, für Klimagerechtigkeit und gutes Essen!

Bei der Landtagswahl werden für Thüringen die Weichen auch in der Landwirtschaftspolitik neu gestellt. Deswegen machen wir deutlich: Der Umbau zu einer bäuerlichen und ökologischeren Landwirtschaft kann nicht mehr warten!

Wir haben Respekt für die harte Arbeit, die Bäuerinnen und Bauern jeden Tag leisten. Doch die Politik lässt die Höfe im Stich. Auch 25 Jahre nach der Wende bestimmen die Riesenäcker das Landschaftsbild Thüringens. Gleichzeitig reißen sich außerlandwirtschaftliche Investor\*innen mit EU-Subventionen immer mehr Land unter den Nagel. Die fatalen Folgen: Höfesterben und Monokulturen, Glyphosat und Artenschwund, Megaställe und Antibiotikaresistenzen. Stoppt die Subventionen an Agrarwüsten, Tierfabriken und Großgrundbesitz!

**Seid dabei! Kommt mit den Treckern nach Erfurt oder  
unterstützt die Demo mit einer Treckerpatenschaft!**



www.wir-haben-es-satt.de/informieren/demo-in-erfurt-289/  
Treckeranmeldung bei Michael Grolm: Tel.: 0170 1087174, email: m.grolm@gmx.de

**Wir Haben es satt!-Demo: Freitag, 28. September 2019  
11:00 Uhr | HBF (Willy-Brandt-Platz) | Erfurt**

**Impressum**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
Claudia Schievelbein: 02381-492289  
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

**AbL Bundeskontakte**

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**  
junge-abl@abl-ev.de  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273  
**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de  
**Internationale Agrarpolitik:**  
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de  
**Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW**  
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

**AbL Mitgliedsantrag**

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 109,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 144,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 54,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 79,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:  
 30,-€  50,-€  70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

**AbL Landeskontakte**

**Schleswig-Holstein**

**Geschäftsführung:**  
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

**Niedersachsen**

**Geschäftsstelle:** Gabi Geppert, Telefon: 04967 - 557; info@abl-niedersachsen.de  
**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

**Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg**

**Mecklenburg:** Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;  
**Franz Joachim Bienstein,** Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

**Nordrhein-Westfalen**

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

**Hessen**

**Geschäftsstelle:** Geschäftsstelle: Lara Göhring, Mobil: 0160/4976397; Friederike Seebach, Mobil: 0160/99543305, hessen@abl-ev.de  
**Reinhard Nagel,** Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de  
**Jeannette Lange,** Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de  
**Peter Hamel,** 06630 919013, peter.hamel@web.de

**Rheinland-Pfalz und Saarland**

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

**Baden-Württemberg**

**Geschäftsstelle:** Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Alb-Donau / Ulm:** Franz Häußler, Tel.: 07391 1268, haeussler.biolandhof@t-online.de  
**Oberrhein und Vorbergzone:** Wolfgang Hees, Tel.: 0176 39872928, wolfgang@hees-web.de  
**Stuttgart / Schwäbischer Wald:** Stefan Klett, Tel.: 0176 700 96 364, stefan\_klett@gmx.de  
**Westlicher Bodensee:** anneliese Schmech, Tel.:07553 7529

**Bayern**

**Landesverband:** Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393  
**Rita Huber;** Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;  
**Allgäu:** Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; abllallgaeu@gmx.de,  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,  
**Erding-Ebersberg:** Rosi Reindl Tel. 08093-905575, rosi\_reindl@gmx.de;  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

**Thüringen**

**Thüringen:** Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderbacherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

**Sachsen-Anhalt**

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

**Sachsen**

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092  
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_  
Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet. Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Hasenwasser, besser als Gänsewein

**D**er Kindergarten hat drei Wochen Ferien. Da sind die berufstätigen Eltern auf die Hilfe der Großeltern angewiesen. Bei uns auf dem Hof ist das kein Problem. Alle Familienmitglieder wechseln sich mit der Betreuung der Kleinen ab. Je nachdem, wie es so passt, laufen die beiden mit.

Opa freut sich besonders, wenn er mit ihnen einen Ausflug machen kann. Mit dem Betriebsauto gehen sie auf Expedition fernab der Hauptverkehrsstraßen. Unterwegs machen sie Feldbesichtigung, pflücken für Oma Blumen, laufen gemeinsam über die Färsenwiese und erklimmen die Hochsitze der Jäger (Vorsicht: Wespennest!). Für unsere Enkel ist das Abenteuer pur, denn jedes Mal sind sie in einer ihnen unbekannteren Umgebung und zweifeln, ob sie auch wieder zurückfinden. Werden sie gefragt, wo sie denn gewesen seien, sagen sie: „Opa hat sich wieder verfahren!“ Die Ausflüge werden vorher nicht von uns geplant. Das geschieht ganz spontan, wenn gerade etwas Zeit vorhanden ist.

Ein Picknickkorb wird nicht gepackt, aber in dem Betriebsauto liegt immer eine Seltersflasche herum, die schon bessere Zeiten gesehen hat. Ab und an wird sie mit Leitungswasser gefüllt für den Fall, dass jemand fernab des Hofes allzu großen Durst verspürt. Jeder kennt das. Durst ist schlimmer als Heimweh. Und nach einem deftigen Matjesessen will Fisch schwimmen. Jetzt haben unsere Enkel die Flasche entdeckt. „Opa, was ist da drin?“ fragen sie. Opa denkt an die schmackhaften Hasenbrote, auf die er als Kind immer besonderen Appetit hatte, wenn die Familie von der Feldarbeit kam, und antwortet geistesgegenwärtig:



„Das ist Hasenwasser!“ Nun hat er die Neugier unserer Kleinen geweckt. Hasenwasser, das muss etwas ganz Besonderes sein, also unbedingt probieren. Direkt aus der Flasche, das will geübt sein. Egal, Wasser macht schließlich keine Saftflecke. Die eine macht es der anderen vor und dann klappt es. Und, wie das bei den Erwachsenen ist, so geht es auch bei den Kindern. Es ist erst Ruhe, wenn die Flasche bis auf den letzten Tropfen geleert ist.

Zuhause wird von dem tollen Erlebnis erzählt. Unsere Schwiegertochter kontert noch, sie hätte Gänsewein, direkt aus dem Wasserhahn in der Küche, aber nein, das ist natürlich kein Vergleich zu Opas Hasenwasser! Das schmeckt viiiiiel besser. Und wie trinkt man das? Die Zweijährige tippt mit dem Zeigefinger bedeutungsvoll auf die Oberlippe. Luft lassen, dann läuft's wie von selbst.

Nun lese ich in der Zeitung, dass Coca-Cola die Produktion in Lüneburg erweitern möchte und neue Brunnen testet. Muss das sein? Es gibt doch Hasenwasser! Und unsere niedersächsische Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kienast besucht auf ihrer Sommertour durch das Wendland die Firma Voelkel und trinkt dort werbewirksam Hanfwasser. Wir fragen uns: Sind die alle noch bei Trost? Unsere Enkelkinder halten uns den Spiegel vor. Mal auf das Wesentliche besinnen. Ab jetzt bekommen einige Seltersflaschen von uns ein neues Etikett und werden mit Leitungswasser gefüllt. Trinkt Hasenwasser und lest Bauernstimme, nachhaltig, bequem vorhanden in jedem Haushalt, ganz ohne großen Aufwand. Vom Preis wollen wir gar nicht reden.

Hasenwasser for Future!

Friederike Müller

## **unabhängige Bauernstimme: fit for future**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221  
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.bauernstimme.de/datenschutz](http://www.bauernstimme.de/datenschutz)